

**KAIROS EUROPA SÜD-NORD-KONFERENZ ZUM ÖKUMENISCHEN PROZESS
„WIRTSCHAFT IM DIENST DES LEBENS“
VOR DER 9. VOLLVERSAMMLUNG DES ÖRK IN PORTO ALEGRE**

**Die Verwandlung der Globalisierung als Herausforderung für die Ökumene –
kirchliche Positionen zur Weltwirtschaft auf dem Prüfstand**

21. bis 23. Oktober 2005 in Mannheim (Tulip Inn Hotel / Ökumenisches Tagungszentrum sanctclara)

Auf Initiative von Kirchen des Südens befasst sich die Ökumene seit einigen Jahren im Rahmen eines weltweiten Prozesses systematisch mit dem Weltwirtschaftssystem und dessen Auswirkungen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung wurden bei zahlreichen kontinentalen Konsultationen und weltweiten Versammlungen viel beachtete Stellungnahmen formuliert und Beschlüsse gefasst. Nach dem Lutherischen Weltbund (Winnipeg 2003) und dem Reformierten Weltbund (Accra 2004) schickt sich nun der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) an, auf seiner vom 14. bis 23. Februar 2006 im brasilianischen Porto Alegre stattfindenden 9. Vollversammlung eine verbindliche Antwort auf die Frage „Wie leben wir unseren Glauben im Kontext der Globalisierung?“ zu geben. Diese Leitfrage hatte die 8. Vollversammlung des ÖRK in Harare/Zimbabwe 1998 formuliert.

Bereits im Vorfeld dieser Entscheidung zeichnen sich in der ökumenischen Familie große, zum Teil grundlegende Meinungsverschiedenheiten ab. Diese treten vor allem an zwei Aspekten zu Tage: der Ekklesiologie und der Analyse.

Zum einen stellt sich die Frage, inwieweit die teilweise verheerenden sozialen und ökologischen Folgeerscheinungen der neoliberal geprägten Globalisierung es den Kirchen abverlangen, sich gerade auch aus ekklesiologischen Gründen unmissverständlich gegen das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem zu wenden und entschieden für eine alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde zu arbeiten. Allen voran die Kirchen des Südens verstehen die – von ihnen wesentlich auf die „neoliberale ökonomische Weltordnung“ zurückgeführte – Realität von Verarmung und Verelendung, mit der sie allenthalben konfrontiert sind, ausdrücklich als ein theologisches Problem, das sie um der Integrität ihres Glaubens willen auf ein Bekenntnis gegen die bestehende Weltwirtschaftsordnung und für ein Eintreten für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit verpflichtet.

Dem gegenüber bestreiten insbesondere europäische (Volks-)Kirchen die Notwendigkeit einer solchen – auch theologisch begründeten – eindeutigen Absage an die gegenwärtige Form von Globalisierung. Ihre diesbezügliche Argumentation begründet den zweiten Strang der Meinungsverschiedenheiten. Denn aus ihrer Sicht stellt sich die „Pauschalkritik“ an der neoliberalen Globalisierung als zu einseitig und undifferenziert dar. Vielmehr halten sie die auch von ihnen gesehenen „Risiken einer unregulierten Globalisierung“ durch eine verantwortliche Gestaltung der Weltwirtschaft – etwa nach dem Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ – für vermeidbar.

Auf diesem Hintergrund veranstaltet KAIROS EUROPA in Absprache mit dem ÖRK die Tagung, die zur Vorbereitung der 9. Vollversammlung führende RepräsentantInnen von Kirchen aus Europa und dem Süden zusammenbringen soll. Sie verfolgt die Absicht, die konfligierenden Positionen auf biblischer Grundlage sowohl analytisch wie ekklesiologisch deutlicher als bisher herauszuarbeiten und konstruktiv miteinander ins Gespräch zu bringen. Dabei soll auch nach konkreten Handlungsmöglichkeiten für Kirchen, Gemeinden und Einzelne gesucht werden.

PROGRAMM

Freitag, 21.10.

- bis 17.30 Uhr: Anreise
- 17.30 - 18.00 Uhr: Begrüßung, Vorstellungsrunde und Einführung

Tagungsteil 1: Kirchliche Positionen zur ökonomischen Globalisierung

- 18.00 - 19.15 Uhr: Position 1: Gott oder Mammon? Zur Notwendigkeit einer klaren Absage an Geist, Logik und Praxis der neoliberalen Globalisierung als Voraussetzung für die Verwandlung der Globalisierung
- theologische Reflexion: Prof. Dr. René Krüger, Buenos Aires
- ökonomische Reflexion: Baffour D. Amoa, Vereinigung der Kirchenräte im westlichen Afrika (FECCIWA), Accra
(Inputs bis zu 20 min., danach 5 min. buzz groups, dann Rückfragen und Diskussion)
- 19.15 - 20.30 Uhr: Abendessen
- 20.30 - 21.45 Uhr: Position 2: Die herrschende ökonomische Globalisierung lässt sich verantwortlich gestalten: Die Chancen wahrnehmen und die Risiken tragbar halten
- theologische und ökonomische Reflexion: Dr. Wolfram Stierle, Mitglied der Kammer für soziale Ordnung der EKD, Berlin
(Input bis zu 20 min., danach 5 min. buzz groups, dann Rückfragen und Diskussion)

Samstag, 22.10.

- bis 08.45 Uhr: Frühstück
- 08.45 - 09.00 Uhr: Biblische Meditation
- 09.00 - 10.30 Uhr: Der Konflikt um die Globalisierung in der ökumenischen Debatte: Bloßes Verständigungsproblem – oder ...?
(in Arbeitsgruppen, mit Bezug auf die vorgestellten Positionen, u.U. entlang vorgegebener Leitfragen)
Impulsreferate u.a. von:
- Desmond Lesejane, ESSET/Südafrikanischer Kirchenrat (SACC)
- Sophie Lizares-Bodegon, Vereinte Evangelische Mission
- 10.30 - 11.00 Uhr: Kaffee- bzw. Teepause
- 11.00 - 12.30 Uhr: Der Konflikt um die Globalisierung in der ökumenischen Debatte: Bloßes Verständigungsproblem – oder ...?
(Befragung des Podiums durch Moderatorin und Teilnehmende) auf dem Podium: VertreterInnen einiger Kirchen/Netzwerke, die im

ökumenischen Prozess offiziell Stellungnahmen beschlossen haben
- Dr. Hella Hoppe, Schweizerischer
Evangelischer Kirchenbund
- Synodalrätin Pia Großholz, Reformierte Kirchen
Bern/Jura/Solothurn
- Dr. Sabine Ferenschild, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-
Saar, Neuwied
- Pfarrerin und Studienleiterin Ulrike Schmidt-Hesse, Evang.
Kirche in Hessen und Nassau
Moderation: Martin Gück, KAIROS Europa
(Eingangsstatements der PodiumsteilnehmerInnen ca. 10 min., danach
Fragen aus dem Publikum und Diskussion)

12.30 - 14.30 Uhr: Mittagessen und Mittagspause

Tagungsteil 2: Optionen für eine Weltwirtschaft im Dienst des Lebens

14.30 - 15.30 Uhr: Anforderungen an eine gerechte Globalisierung ...
- ... aus der „Sicht des Südens“: Dr. Rogate Mshana, Genf
- ... aus der „Sicht des Nordens“: Prof. Dr. Gerhard Grohs,
ehem. Vorsitzender der Kammer für kirchlichen
Entwicklungsdienst der EKD, München
(Inputs ca. 15 min., danach 5 min. buzz groups, dann Rückfragen und
Diskussion)

15.30 - 16.00 Uhr: Kaffee- bzw. Teepause

16.00 - 18.00 Uhr: Die deutschen Kirchen und die „vorrangige Option für die Armen“ -
sind sie Anwältinnen der GlobalisierungsverlierInnen in Süd und
Nord?
auf dem Podium:
- OKR Dr. Ulrich Möller, Evangelische Kirche von Westfalen
- Prof. Dr. Franz Segbers, Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
- Prof. Dr. René Krüger, Evangelische Kirche am La Plata
Moderation: Lioba Diez, KAIROS Europa
(Statements der Podiumsteilnehmer ca. 15 min., danach Fragen
insbesondere der Teilnehmenden aus dem Süden und Diskussion)

18.00 - 20.00 Uhr: Abendessen

20.00 - 21.00 Uhr: „Pragmatismus“ versus „Transformation“? Zum (Spannungs-)
Verhältnis von „radikalen“ und „reformistischen“ Strategien bei der
Gestaltung einer gerechte(re)n Weltwirtschaft
(Arbeitsgruppen, u.U. entlang vorgegebener Leitfragen)

Sonntag, 23.10.

bis 8.30 Uhr: Frühstück

08.45 - 09.15 Uhr: AGAPE-Feier

*Tagungsteil 3: Anknüpfungspunkte und Umsetzungsebenen kirchlichen Handelns für eine
Wirtschaft im Dienst des Lebens*

- 09.15 - 10.15 Uhr: Warum werden viele der ökumenischen Einsichten nicht in die Tat umgesetzt? Hindernisse bei der kirchlichen Umsetzung von Alternativen am Beispiel ausgewählter Handlungsfelder
- Pfarrer Wilhelm Wegner, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten (AGU) der Evangelischen Landeskirchen, Darmstadt
- Pfarrerin Birgit Weinbrenner, Mitarbeiterin des internationalen Oikocredit-Büros, Amersfoort
(Statements max. 10 min., danach Rückfragen aus dem Publikum und Diskussion)
- 10.15 - 10.45 Uhr: Kaffee- bzw. Teepause
- 10.45 - 11.30 Uhr: Strategien für ein entschiedenes kirchliches Engagement bei der Umsetzung von Alternativen
(in Arbeitsgruppen, u.U. entlang vorgegebener Leitfragen)
- 11.30 - 12.30 Uhr: Zusammentragen der AG-Ergebnisse und Schlussplenum zur geplanten Tagungsresolution „Forderungen an Kirchenleitungen und Delegierte zur ÖRK-Vollversammlung im Blick auf die Beschlussfassung zur Globalisierung in Porto Alegre - Für eine alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde“
- 12.30 - 12.45 Uhr: Tagungsresümee und Ausblick:
- Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Kairos Europa
- danach: Mittagessen und Abreise

P.S.: Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. Bei Bedarf werden Kopfhörersets zum Verfolgen der simultanen Übersetzung zur Verfügung gestellt.

DOKUMENTATION EINIGER TAGUNGSBEITRÄGE

Baffour Dokyi Amoa, Secretary General of the Fellowship of Christian Councils and Churches in West Africa (FECCIWA), Accra/Ghana

God or Mammon? The need to reject the spirit, logic and practice of neoliberal globalization as a crucial requirement for the transformation of economic globalization - an economic reflection

In today's world, nobody can deny the fact that poverty is growing at an alarming rate especially in Africa and the welfare of many people are in jeopardy around the world. As Christians, our reference point is the Holy Scriptures which appears to be treated lightly in today's world. The creation story focuses our minds on the Garden of Eden where God firmly establishes the

relationship between the human being, ecology and economy in the service of life. In the book of Genesis, we read about God's instructions to Adam to *till the land and to keep it*.¹

Obviously, the human being is allowed to exploit ecological resources but the human being is also expected to respect eco-balance in the process of exploiting the land for its survival – Till it and keep it implies: use it for the good of humankind but make sure it is also maintained to serve generations yet unborn. The freedom to exploit natural resources for food and fuel is central to human survival but greed has pushed people to the frontiers of over-exploitation to the detriment of present and future generations as the desire to satisfy human needs and wants for profit turn ruthless.

Advertising makes us want things we do not need. Basic neo-classical economic theory postulates that the best way to promote economic activity is, first, to ensure that what is produced satisfies human needs and wants as that is the only way to ensure that an economic activity is sustainable. They say it is needs and wants but they focus on the wants just to exploit the people through advertising. The forces of supply and demand, we are told, must attain equilibrium for the market to prove efficient. Second, in a competitive environment, efficient use of resources of factors of production will be guaranteed i.e. land, labour and other natural resources. As this will lead to a fairer cost of exchange of goods and services – price. Adam Smith's invisible hand was to help regulate the behaviour of buyers and sellers at the market place. The truth is that the spirit of competition has been pushed to such an extent that dehumanization of the human being is unfelt because gain must be achieved at all cost.

Despite this plausible theory and practice, decades of experience have shown that in order to guarantee the welfare of the human being, governments had to regulate and intervene in trade and other commercial activities since the job could not effectively be done by the "invisible hand". The French Industrial Revolution is a case in point. The need for equality, solidarity and justice is the hallmark of any human system that will survive the test of time. The question we need to address is this: Is neoliberal globalization, in its present form filled with complex dynamics facilitating the incessant exploitation of the weak, promoting equality, fraternity and justice? Equality, fraternity and justice is the yardstick by which social reengineering is to be measured. The welfare of any one person must be as important as the welfare of all of us. International Trade is to be prosecuted on the basis of competitive advantage in order to generate profit through economies of scale and to create jobs. Is this happening?

To prevent another Great Depression, Global Financial and Trade Institutions have emerged but the policies of these institutions favour some countries and not others. While some countries maintain subsidies, keep to tariffs and quotas, others are virtually forced to open up their economies and to deregulate one hundred percent. The result is that many countries in the South have become dumping grounds for toxic, surplus and inferior goods. This situation has pushed local industries to the corner and forced some out of business completely. The rich are now getting richer and the poor poorer. Indeed there is much suffering of the land.

The neoliberal financial and economic policies and trade arrangements have sharply increased the gap between the rich and the poor and this situation is, by no means, acceptable and the Church must speak out and call for restorative justice given the depth of exploitation by some countries in the past and corrupt practices of today.

Even Mr. Paul Wolfowitz², the President of the World Bank issued a warning on Trade, and I quote: "Let me be very clear: unless serious concessions are made by all sides – developing countries as

¹ Genesis 2 v 15

² President of the World Bank, Mr. Paul Wolfowitz at G-20 in Beijing, China in October 15, 2005

well as developed countries, Europe, the United States, Japan, everyone – the Doha Round of trade talks will fail and the people who will suffer the most are the poor people of the world... There are 1.2 billion of them. They have waited a long time. These are difficult issues and it may be uncomfortable for many here to step forward and give up subsidies and other barriers to free trade, but that temporary discomfort is nothing compared to the daily discomfort and deprivation of the poorest of the world. They are counting on us; we must deliver results for them.”

I may be wrong but what I hear Mr. Wolfowitz to be saying is that the Developed Countries must respond to the great sacrifices already made by the Developing Countries in opening up their markets. It is interesting that he names some countries by name. At least, I hope I am right with the interpretation of the statement of the President of the World Bank.

To touch on the free trade issues, let us examine EU Poultry Meat Exports to Ghana, Senegal and Gambia. From 1996 to 2002, EU export of whole chickens (metric tonnes) declined from 56% in 1996 to 36% in 2002. Chicken Parts export (metric tones) between the same period rose from 42% in 1996 to 62% in 2002. Further processed Chicken Meat (metric tonnes) rose from 9,451 (1%) 1996 to 19,603 (2%) in 2002.

In the same period, EU Exports of Chicken Parts (metric tonnes) to Africa, Caribbean and Pacific countries rose from 290,665 in 1996 to 534,408 in 2002. The market in Europe for the ACP countries for the same period was 14,570 in 1996 to 79,752 in 2002. Percentage wise, the Share of West Africa countries part of the West Africa EPA Negotiation Configurations rose from 1.34% to 7.94% in 2002 of Chicken Parts Exports in metric tonnes. The EU Exports of whole Chickens totaled 385,128 in 1996 and declined to 312,044 in 2002. For the ACP countries, total export in 1996 was 25,880 which rose to 35, 820 metric tonnes in 2002.

What this demonstrates is that those developing countries have no weapon against the strategies by which EU exports will get to those countries because if they object to the exports of whole chickens, the chicken will be exported in other forms either in parts or in further processed form. Moreover, a \$300million agricultural subsidy in Europe devastated the livelihood of tomato growing farmers in Senegal and impacted negatively in the West Africa Sub-region when tomato concentrate from the EU found its way there.

The results of these unequal trading practices, compounded by China textile exports and other goods and services from Developed Countries mean that Developing Countries are losing and will continue to lose their manufacturing base and agricultural competitiveness. The result is the growing unemployment and escalation of violence which threatens to engulf humanity in self-destruction if we fail to act decisively and urgently.

The growing unemployment in Germany may, in part, be attributed to the impact of the neoliberal economic system. This experience is not limited to Germany alone but worldwide. As we assess the impact of the neoliberal economic system in the area of trade and finance, the gap between the rich and the poor keeps growing and for this reason, we must say “NO!” to the market oriented economic system and its policies which are costly not only to human dignity and life but to Mother Earth.

**Prof. Dr. René Krüger, Pfarrer der Evangelischen Kirche am La Plata,
Professor für Neues Testament am ISEDET und Rektor dieser staatlich
anerkannten Privatuniversität in Buenos Aires/Argentinien**

***Gott oder Mammon? Zur Notwendigkeit einer Absage an Geist, Logik und Praxis
der neoliberalen Globalisierung – aus einer theologischen Perspektive***

1. Keine Zufälligkeiten, sondern ein systemisch-strukturelles Problem

Wenn vor 25 Jahren über 60 Prozent der argentinischen Bevölkerung zur wenn auch bescheidenen, doch voller Aufstiegsmöglichkeiten gehörenden Mittelklasse gehörten, heute jedoch nahezu 50 Prozent der Bevölkerung unter der Armutslinie leben müssen und davon etwa die Hälfte unter der Linie der absoluten Armut, wenn ein Land mit 37 Millionen Einwohnern Lebensmittel für über 300 Millionen Menschen produziert, während die Hälfte im Land hungert, und wenn die oberen 10 Prozent über 40 Prozent des Gesamteinkommens verfügen und die unteren 40 Prozent über knappe 12 Prozent, so ist doch da irgend etwas schief gegangen. Die Ziffern sprechen eine trockene Sprache, doch hinter jedem Punkt, hinter jeder Null steht ein Mensch, ein leidender, hungernder, kranker und ausgegrenzter Mensch.

Diese Zeichen der Zeit – wie sie in Accra genannt wurden: Hunger, Kriege, Krankheiten, Seuchen, Massentod, ökologische Verwüstung – fügen sich im Süden zu einem tragische Gesamtbild zusammen, das seit 1492 zügig voranschreitet. Seit Kolumbus ist der Reichtum des Westens zum großen Teil auf Ausplünderung, Zerstörung der Umwelt, Zwangsarbeit und Genozid der unterworfenen Völker aufgebaut.

Die Armut hat sich heute zu einem Problem der Völkergemeinschaft verwandelt und ist eng mit dem Problem gerechter bzw. ungerechter wirtschaftlicher Beziehungen verwickelt. Die Krisen der einzelnen Länder sind dabei keine Sonderfälle, sondern nur geplatzte Geschwüre einer weltumspannenden, tiefsitzenden Krankheit, die in der Herrschaft der reichen Nationen und des internationalen Finanzkapitals über die armen Länder und besonders über die Armen dieser Länder besteht. Dies führt dazu, dass jedweder Vorschlag zur Änderung der Situation im Süden notwendigerweise auch tiefgreifende Änderungen für den Lebensstil und die Bequemlichkeiten des Nordens mit sich bringen muss.

Bei dieser Tragik handelt es sich nicht um Zufälligkeiten des Schicksals, sondern um ein systemisch-strukturelles Problem. Nach einem Jahrzehnt beflissener Durchführung der neoliberalen Wirtschaftsrezepte leiden die Länder des Südens unter der Auflösung der Ansätze eines Wohlfahrtsstaates, der Zerschlagung der Mittelschicht, einer nicht zu lösenden Auslandsverschuldung (die zum Teil odios und illegitim ist und zum anderen längst durch die hohen Zinssätze abbezahlt wurde), dem Abbau der industriellen Produktion, der Lähmung der Landwirtschaft, der Zerstörung der Umwelt, einer sehr großen Arbeitslosigkeit und der totalen Verelendung der Unterschicht.

Die Grundstruktur des Systems des globalisierten Neoliberalismus besteht in der Verabsolutierung des Marktes, was er durch Deregulierung, totale Liberalisierung und Privatisierung, Annullierung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und der Zurückdrängung der staatlichen Regulierung der Wirtschaft durchsetzt. Dieses System hat nur ein einziges Ziel: die Maximierung der Akkumulation des Reichtums für einige Wenige. Nach den verelendeten und ausgegrenzten Opfern wird nicht gefragt.

2. Zwei Wirtschaften: Gott oder Mammon

Die Bibel stellt das Grundproblem von Arm und Reich in den Rahmen der Entscheidungsfrage: Gott oder Mammon. Damit sind zwei Wirtschaften aufgezeigt: die Ökonomie des *Genug für alle* und die Ökonomie der Reichtumsakkumulation für wenige reiche Eigentümer. Dabei hat das

Genug! eine zweifache Bedeutsamkeit. Zum Einen, dass es genug für alle Menschen geben soll; und zum Anderen, dass es nun wirklich reicht mit der *Spaßgesellschaft*, in der die Zwischenmenschlichkeit gegen Selbstverwirklichung ausgespielt wird; und ebenso, dass die Zeit reif ist für Bescheidenheit und für ein einfaches Leben in Solidarität und Liebe zum Nächsten.

Die Akkumulation für einige wenige Reiche nennt die Bibel *Mammon*. Das ist die letzte biblische Zuspitzung, um auszusagen, dass einige Wenige mehr als die große Mehrheit hamstern. Dafür stehen mehrere Sündenmuster bereit: sinnlose Anhäufung von Gütern, absolutes Privateigentum, finanzielle Spekulation, mit Schmarotzertum verbundener Großgrundbesitz, systemischer Raub des Eigentums an Boden, hohe Zinsnahme.

Die Evangelien zeigen klar auf, dass Jesus die fesselnde Macht des Reichtums als Hindernis für den Eintritt in das Reich Gottes entlarvt. Diese undiskutierbare Feststellung führt uns zur Frage nach der grundsätzlichen theologischen Herausforderung des auf den Mammon fixierten Neoliberalismus. Indem sich das deregulierte Finanzsystem auf die totale Unantastbarkeit des sich in den Händen der Reichen befindenden Privatvermögens und auf eine materialistische Habgier stützt, verwandelt es genau das zum System, was die Bibel so schaft kritisiert. Der Kernpunkt der biblischen Kritik an den sozialen und wirtschaftlichen Missständen – die egoistische Akkumulation – wird durch den Neoliberalismus zur Substanz des Systems gemacht, ohne korrigierenden Einspruch.

3. Die Hermeneutik des Südens

Lange Zeit hat der Süden nur hören dürfen. Dann hat er nur hören wollen, vielleicht aus Höflichkeit und Rücksicht auf die Patenschaftsverhältnisse. Dann fing er an, auch zaghaft anzufragen und vielleicht auch mal was anzumelden, soweit es die Parterschaftsverhältnisse erlaubten.

Nun ist uns jedoch bewusst geworden, dass wir ja gar keine Patenkinder sind, und dass sogar das Bild der Partnerschaft im Grunde nicht ausreicht, um die Tiefe des biblischen Bildes der Einheit der weltweiten Kirche darzustellen. So ist das, was wir im Süden zu sagen haben, keine Unhöflichkeit, sondern eine Notwendigkeit, auf die wir gemeinsam – im Süden wie im Norden – hören müssen, sofern wir nicht alle untergehen wollen.

Die Globalisierung hat es *per definitionem* mit dem ganzen Globus zu tun. Bei manchen Analysen und Stellungnahmen des Nordens vermissen die Menschen im Süden leider oft die universale Perspektive und das Bewusstsein, dass die Gegensätze und die Not in der südlichen Hälfte der Erde die Kehrseite des Anhäufung des Wohlstands des Nordens und der kleinen Oberschicht im Süden darstellen. Vor allem vermisst der Süden oft die von der Bibel gebotenen Perspektive, mit der die Situation anzugehen ist: die der Opfer. Es ist für den Süden befremdend, dass im Norden oft einfach nach einem Bewertungsschema verfahren wird, das positive und negative Aspekte und Elemente der neoliberalen Globalisierung nebeneinander stellt und dann nach der Logik „das Gute behalten, das Schlechte korrigieren“ versucht, Ratschläge zur Eindämmung der negativen Auswirkungen und zur Schadenbekämpfung zu geben. Dann wird versucht, die Globalisierung in das Modell der sozialen Marktwirtschaft einzubetten.

Dieses Schema vermeidet jeglichen Konflikt mit den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mächten und hat obendrein sogar eine Alibi-Funktion, da ein System, dessen schlechte Auswirkungen zur Verbesserung kritisiert und dessen vermeintlich gute Seiten hervorgehoben werden, „ja nicht so schlecht sein kann“.

Hingegen wird im Süden der Erdkugel, aber auch bei einer noch geringen, jedoch zunehmenden Anzahl Stellungnahmen im Norden (Bern-Jura-Solothurn, Evangelische Kirche von Westfalen u.a.) immer wieder auf die breiten negativen Auswirkungen des globalisierten Weltwirtschaftssystems hingewiesen. Die Unterwerfung der Menschheit und der gesamten Natur unter die Logik der nackten Kapitalvermehrung wird als unmenschlich, lebensverachtend und sündhaft angeprangert. Dazu wird auf den Tatbestand hingewiesen, dass die Ausgebeuteten und Ausgegrenzten im Süden dahinvegetieren und wegsterben. Der Ansatz der Hermeneutik des Südens ist nicht eine abstrakte Suche nach Wahrheit durch ausgewogene, akademische Diskussionen über Wirtschaftsphilosophie,

sondern die Notwendigkeit des Überlebens und die Suche nach Gerechtigkeit. Dazu wird von der Analyse der Lebensbedingungen der durch die neoliberale Globalisierung geschädigten Menschen ausgegangen. Dabei handelt es sich nicht um subjektive, kulturelle Unterschiede zwischen einer kühlen Ratio des Nordens und der temperamentvollen Emotion des Südens, sondern um Leben und Tod.

Da der Prozess die gesamte Welt betrifft, ist die oft behauptete Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen den Situationen des Nordens und des Südens nichts weiter als eine Fiktion, da die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft im Norden ja ebenfalls zügig und systematisch abgebaut wird und immer mehr Menschen auch zu den Verlieren gehören. Die europäischen „Reformen“, „Sparprogramme“ und „Stabilitätspakte“ sind nur der Vorhut der bei uns schon lange durchgeführten Strukturanpassungsprogramme, bei denen die Politiker sogar die Frechheit besaßen, sie als notwendige Opfer darzustellen, aber damit nur das vergrößerte Ausplündern der Armen und die Beraubung der Mittelklasse mit religiösen Formeln überhöhen wollten.

Durch die biblische und reformatorische Betonung der Abschaffung der Notwendigkeit aller Opfer und in Treue zur Bedeutung der Theologie des Kreuzes steht die weltweite Kirche heute vor der Alternative, stumm und tatenlos der Opferung von Menschen und der Natur zuzusehen und damit stillschweigend mit dem Mammonsdiens einverstanden zu sein; oder sich mit den Opfern zu solidarisieren, ihnen Schutzraum zu gewähren und ihnen zu helfen, ihren Widerstand zu formulieren und zu organisieren, und damit Gott zu dienen. Ausgehend vom Höhepunkt von Gottes Menschwerdung im Kreuz Christi, hat unsere eigene Menschwerdung von der ständig wachsenden Mehrheit der Schwachen, Verarmten und Ausgegrenzten auszugehen, um von ihr zu lernen, sich mit ihr zu solidarisieren und ihr zu dienen.

4. Das Aufwachen der Kirchen

Die katastrophalen Auswirkungen des globalisierten Neoliberalismus zeigen auf, dass das System an sich pervers ist und deshalb nur verworfen werden kann. Wenn in Lateinamerika selbst naive Verfechter der Globalisierung langsam einzusehen, dass das so hochgepriesene Wirtschaftssystem mit seinen rabiaten Privatisierungen nicht den versprochen Wohlstand für alle gebracht hat, sondern nur eine kleine Schicht bereichert hat, während die absolute Mehrheit immer ärmer wird, so ist es an sich peinlich, wenn immer noch viele Kirchen in den reichen Ländern sich mit einer eindeutigen Stellungnahme gegenüber dem imperialen System so schwer tun.

In Lateinamerika erkennen immer mehr Gemeinden und Kirchen, dass dieses System das menschliche und soziale Leben und die Natur zutiefst zerstört; und dass deshalb ein klarer Protest erhoben werden muss, um der Gewalt und der anwachsender Armut der Mehrheit der Bevölkerung und der Zerstörung der Umwelt vom Evangelium her zu widerstehen. Im Süden wächst der Konsens, dass die Wirtschaft und die Finanzen auch als Glaubensfrage aufgefasst werden müssen und dass sich aus dem Evangelium eine biblisch-theologisch begründete Ablehnung des globalisierten Neoliberalismus ergibt. Es geht nicht um ein Abwägen von Vor- und Nachteilen eines Modells und um moralische Ausbesserungen, sondern um die Formulierung der Entscheidungsfrage zwischen den beiden Wirtschaften: *Genug für alle* oder *Maßlose Bereicherung für einige Wenige mit Tod für die Mehrheit*.

Dazu reicht es jedoch nicht, naive Für- und Wider-Erklärungen über allgemeine Problemlagen abzugeben und ansonsten alles seinem gewohnten Gang zu überlassen. Die Hauptwurzel der Probleme, der globalisierte Neoliberalismus mit seinem unmenschlichen und unbiblischen Trieb zur Akkumulation für einige Wenige, muss unmissverständlich als Raubbausystem erkannt, benannt und angeklagt werden.

Als Kirchen sind wir nicht dazu berufen, „Spiegel der Gesellschaft“ zu sein, sondern Salz der Erde, Licht der Welt und Stadt auf dem Berg. Das hat vor zwanzig Jahren für die südafrikanische Problematik gegolten und das Gleiche gilt auch heute für die weltweite Problematik des Neoliberalismus.

Dass die Kirche eine Vermittlerrolle oder –funktion auszuüben hat, ist selbstverständlich; dass sie aber nicht einseitig auf den Weg der Vermittlung setzen soll, wenn das Anwachsen der Opfer der Ungerechtigkeit einfach nicht mehr zu leugnen ist und sie – die Kirche – sich zu einer eindeutigen Parteinahme für die Unterdrückten aufraffen muss, sollte ihr ebenso klar sein.

In diesem Kontext wird öfters der Vorwurf einer „ausschließenden Schwarzweiß-Malerei“ oder des „Dualismus“ erhoben. Doch der dargelegte Gegensatz wurde nicht im Süden erfunden, sondern wird genau im Gegenteil durch den globalisierten Neoliberalismus hervorgerufen, und zwar in einem doppelten Sinn. Zum Einen wurde die Einführung des ganzen Systems weltweit mit den Thatcher-TINA-Slogan *Es gibt keine Alternative* gerechtfertigt. Damit war jede Suche nach Alternativen von vornherein als ein als Ding der Unmöglichkeit abgefertigt. Das ist ganz krasse und ausschließende Schwarzweißmalerei. Zum Anderen hat sich die Aufspaltung in Arm und Reich auf dem ganzen Erdball und vor allen in den Ländern des Südens durch die rabiate Anwendung der neoliberalen Rezepte ungeheuer verstärkt. Selbst die Berichte der Weltbank geben heute zu, dass die Armut weltweit zugenommen hat. Es ist der Neoliberalismus, der ausschliesst, aufspaltet und ausgrenzt, und nicht die Position derjenigen, die diese Ausgrenzung erleiden, anklagen und darauf drängen, nach Alternativen zu suchen.

Die Reduzierung auf die Formel „Gott oder Mammon“ ist keine Erfindung der so genannten Globalisierungsgegners. In kirchlichen und theologischen Kreisen ist es nicht notwendig, auf den Ursprung und die entscheidende Bedeutung der Feststellung der Unmöglichkeit eines doppelten Dienstes – Gott **und** Mammon – hinweisen zu müssen. Bei dem Pochen auf diese Formulierung geht es natürlich nicht um eine moralische Rückfrage, etwa in dem Sinne, wer von uns allen etwa der bessere Christ oder die bessere Christin mit der grösseren Menge guter Werke sei. Es geht um die theologische und ethische Grundfrage, auf wen wir als Christen, Christinnen und Kirchen hören wollen und wem wir nachfolgen sollen. Das ist uns von der Bibel und von unserem reformatorischen Verständnis des Christseins und des Kircheseins vorgegeben.

Dr. Wolfram Stierle, Theologe und Volkswirt, im leitender Stellung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig, Mitglied der Kammer der EKD für soziale Ordnung

Die herrschende ökonomische Globalisierung lässt sich verantwortlich gestalten: Chancen wahrnehmen und Risiken tragbar halten - theologische und ökonomische Überlegungen

Ich bin gebeten worden, einige Überlegungen zu der These beizusteuern, dass es Möglichkeiten gibt, die Globalisierung verantwortlich zu gestalten. Insbesondere sollte ich dabei auf ökonomische und aktuelle kirchlich-theologische Überlegungen eingehen. Ich will das unter einem Leitgedanken tun, den Hannah Arendt einmal so formuliert hat: „Politik ist angewandte Liebe zur Welt“. Sie sagt *nicht*, Politik ist Liebe, sondern „angewandte“ Liebe. Was meint sie damit?

Ich will sechs Thesen beisteuern und dazu in vier Schritten vorgehen:

1. Grundsätzliche Anmerkungen
2. Entwicklungspolitische Anmerkungen
3. Ökonomische Anmerkungen
4. Theologische Anmerkungen.

A Grundsätzliche Anmerkungen

1 Globalisierung ist bisher unverantwortlich gestaltet

Die Kennzahlen einer politisch und wirtschaftlich bisher unverantwortlichen Globalisierung sind unbestreitbar:

- 30.000 **Kinder** sterben täglich an vermeidbaren **Krankheiten**.
- Über **852 Millionen Menschen** leiden unter chronischem Hunger obwohl genug Nahrung für die gesamte Menschheit vorhanden ist.
- 14.000 **Kinder** unter 5 Jahren sterben täglich an **Hunger** - 7 von 10 in Ländern mit Nahrungsüberschüssen.
- 1,2 Milliarden Menschen haben täglich 1 \$ zum Leben, 2,7 Mrd. leben von 2 \$ täglich.

Der globale politische und ökonomische Aufwand, um Abhilfe zu schaffen, steht hierzu in krassem Missverhältnis:

- Weltweit werden p.a. 78 Mrd. \$ für Entwicklung - 300 Mrd. \$ für Agrarsubventionen - 1.000 Mrd. \$ für Rüstung aufgebracht.
- In 2005 geben Industrieländer 78 Mrd. € für Entwicklungshilfe aus – durch die **Erhöhung des Ölpreises** sind die jährlichen Ausgaben der armen Länder für Energie um 60 Mrd. € gestiegen.
- Die EL zahlen jährlich über 300 Mrd. USD an Zins und Tilgung (Attac, nach ZS Entwicklungspolitik 15/2005, 11).

Aus ökonomischer, theologischer oder politischer Sicht ist es bisher nicht gelungen, die Globalisierung verantwortlich und gerecht zu gestalten. Ob es gelingen wird, die Globalisierung verantwortlich zu gestalten, das ist offen.

2 Verantwortliche Gestaltung lebt von der Spannung zwischen Utopie und Konkretion

Angesichts der Opfer aus politischer, ökonomischer und theologischer Sicht ist die Gestaltung der Globalisierung dann verantwortlich, wenn sie die **Spannung** aufrecht erhält zwischen praktischen Lösungsschritten einerseits und grundsätzlichen Anfragen bzw. alternativen, also transformierenden Visionen andererseits. Anders gesagt: Visionen können und müssen zu Recht werden.

Es ist gegenüber den Opfern der Globalisierung unverantwortlich, reformistische und radikale Lösungsansätze gegeneinander auszuspielen. Verantwortliche Gestaltung der Globalisierung benötigt unterschiedliche, ja gegensätzliche Akteure – also Kritiker und Praktiker, Protest und Politik. Die radikale Ablehnung aller Schritte *innerhalb* des bestehenden Systems ist so unverantwortlich, wie die operative Genügsamkeit mit dem vorgeblich bereits Erreichten.

Weder ökonomisch noch theologisch ist es zu verantworten, den Spannungsbogen zwischen utopisch erscheinenden Zielen und konkreten operativer Handlungen aufzulösen. Eine verantwortliche Haltung sieht beides: Die Fortschritte und die Defizite. Zwischen Liebe zur Welt und ihrer Anwendung besteht eine Spannung – wer sie aufhebt, verrät beides: die Liebe und ihre Konkretion. Verantwortung bedeutet: Pragmatik mit dem Ziel der Transformation.

3 Politische Ökonomie: Nicht an allem ist die Wirtschaft alleine Schuld

Ein entscheidendes Manko der aktuellen entwicklungspolitischen und Globalisierungs-Debatte liegt darin, dass das politische Interesse an globaler Verantwortlichkeit in den reichen Ländern

unterentwickelt ist. Globalen Problemen stehen - mit Ernst Lange gesprochen - parochiale Gewissen gegenüber, die bestenfalls punktuell durch medial aufbereitete Katastrophen zu wecken sind. Globale Verantwortung ist eine Herausforderung, die nicht nur theologisch und ökonomisch zu reflektieren ist, sondern gerade auch im Blick auf die Leistungsfähigkeit **demokratischer Prozesse**. Es reicht nicht, die Ökonomie zu schelten, wir müssen theologisch und ökonomisch erhellen, warum sich so wenige Menschen für die großen globalen Probleme interessieren.

B Entwicklungspolitische Anmerkungen

4 **Erfolge einer verantwortlichen Gestaltung weder klein reden, noch für ausreichend halten**

Lassen Sie mich mit zwei Pressemeldungen einsteigen – und ich frage Sie: Sind diese Meldungen wahr, oder ausgedacht?

- Washington, 8. Februar 2005 (IPS) - Weltbankkritiker haben euphorisch auf einen internen Bericht der Evaluierungsabteilung (OED) der Bank reagiert. Sie hat 26 der insgesamt 70 der globalen Programme geprüft, an denen das Washingtoner Finanzhaus beteiligt ist, und sich für maßgebliche Reformen ausgesprochen. Wasser auf die Mühlen der Kritiker war die Feststellung der OED, dass den Stimmen der Entwicklungsländer bei der Bank zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird und es höchste Zeit für eine unabhängige Kontrolle der globalen Programme ist.
- Washington, 27. Januar (IPS) - In ungewohnter Offenheit haben die Vereinten Nationen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Ausgrenzung von Entwicklungsländern kritisiert und eine Reform in den Entscheidungsstrukturen der beiden Schwesterinstitute gefordert. Die Weltorganisation schließt sich damit einer seit Jahren von zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Ländern des Südens vertretenen Position an.

Wahr oder falsch? Das sind Meldungen aus diesem Jahr. Die Anstrengungen unterschiedlicher Träger und Akteure, die Globalisierung gerechter zu gestalten, haben seit Ende der 80er Jahre Früchte hervorgebracht, die nicht gering geschätzt werden sollten. Ich gehe stichwortartig einige Bereiche, die - mit unserem Tagungsthema gesprochen - einen Fortschritt bei der verantwortlicheren Gestaltung der Globalisierung markieren. Wichtig ist zu erkennen: Wesentliche Impulse aus der Ökumene fanden seitdem Eingang in die Politik. Ich will acht Beispiele nennen:

1. An die Stelle der sehr engstirnig ökonomischen und sehr wenig sozial sensiblen Strukturanpassungsprogramme des **IWF** sind inzwischen offiziell die Strategien der unmittelbaren Bekämpfung der Armut getreten. Der Wandel findet Niederschlag sogar bei früheren Protagonisten der IWF-Politik, etwa in der Insiderkritik von Stiglitz, oder den Kommentaren des früheren IWF-Chefs Köhler, wenn er sagt: „Die Schwachstellen der Arbeit von IWF und Weltbank betreffen ... die Frage, ob sie ausreichend langfristig zugunsten des Aufbaus gesunder staatlicher gesellschaftlicher Institutionen angelegt ist.“ (ZEIT 42/2005).
2. Offiziell ist vor diesem Hintergrund der „**Post-Washington-Konsens**“ an die Stelle des lange von NGOs und Ökumene bekämpften „Washington-Konsenses“ getreten. Dieser neue Konsens nimmt wesentliche Kritikpunkte aus der Ökumene auf: Partizipation, kontextuelle Differenzierung, die Rücksicht auf rechtliche Strukturen etwa beim Landbesitz, kurz auf Institutionen und Werte – zentrale Gesichtspunkte für kritische Ökonomen in Lateinamerika und Asien etwa.
3. Ein konkretes Beispiel dafür sind die **Mikrokredite**: Während bei der Gründung von EDCS / Oikocredit 1974 noch „professionelle“ Skepsis überwog, markiert die Tatsache, dass 2005

von den Vereinten Nationen zum Jahr der Mikrokredite ausgerufen wurde, den Gesinnungswandel in Politik und Ökonomie.

4. Die **Partizipation** der ganzen Bevölkerung armer Länder, ins besondere die **Gender-**bewusste Förderung der Frauen ist inzwischen eine politisch selbstverständliche Forderung in den **Weltbank**-Papieren.
5. Die Anstrengungen, in der Folge der Rio-Konferenz auf Nachhaltigkeit und erneuerbare **Energien** zu setzen sind erste, noch tastende Schritte zur Bewahrung der Schöpfung.
6. Die **Entschuldungsinitiative**, die 27 HIPICs ganz oder teilweise entschuldet hat und die dazu führte, dass die Ausgaben dieser Länder für Bildung und Gesundheit seit 1999 steigen, weil der Schuldendienst sinkt.
7. Die acht **Millenniumsentwicklungsziele** stellen einen Fortschritt dar gegenüber Konzepten eines Trickle-down oder der Exportförderung.
8. Insbesondere gilt dies für das **achte Ziel**, das die IL erstmal in der Entwicklungspolitik ausdrücklich selber in die Pflicht nimmt, für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung ihren Beitrag zu leisten. Im Bereich Baumwollsubventionen sind hier Erfolge erreicht worden, im Bereich Zucker und Subventionsabbau insgesamt wird noch verhandelt.

Diese acht Beispiele sind so gesehen einerseits Gründe zur Dankbarkeit, andererseits aber keine Gründe zur Zufriedenheit. Sie zeigen alle: Diese Erfolge mussten erkämpft werden.

C **Ökonomische Anmerkungen**

5. **Die verantwortliche Gestaltung der Globalisierung bedarf einer differenzierten Wahrnehmung der Ökonomie und einem eigenständigen Umgang mit ihren Analysen/ Empfehlungen.**

Ökonomie sollte nicht per se schlecht geredet werden. Wichtig ist, bestehende Ansatzpunkte zu ihrer Gestaltung zu nutzen. Acht davon will ich nennen:

- Erstens ist es immer empfehlenswert, zu differenzieren **zwischen Rhetorik und praktischer Politik** – etwa dann, wenn marktliberale Rhetorik sich mit handfester Interessenpolitik verbindet. Ein Beispiel ist das neue Buch von
 - *John Perkins, Bekenntnisse eines Economic Hitman. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia, München 2005.* EHM sind hoch bezahlte Experten, die Länder auf der ganzen Welt um Billionen Dollar betrügen. Sie schleusen Geld von der Weltbank, der US-Agency for International Development und anderen ‚Hilfsorganisationen‘ auf die Konten großer Konzerne und in die Taschen weniger reicher Familien, die die natürlichen Rohstoffe kontrollieren. Zu ihrem Instrumentarium gehören gezinkte Wirtschafts- und Finanzprognosen, Wahlmanipulationen, Schmiergelder, Erpressung und Mord.“ Perkins führt an Länderbeispielen (Saudi Arabien, Irak, Panama, Ecuador, Indonesien u.a.) aus, wie er selber daran mitgewirkt hat, dass Firmen wie MAIN, Shell, Bechtel, Halliburton u.a. in Zusammenarbeit mit US-Regierung und internationalen Institutionen Abhängigkeit, Verschuldung und Korruption in armen Ländern fördern und Geschäfte auf Kosten dieser Länder organisieren. Er zeichnet die Beziehungen der Familien Busch und Bin Laden nach.
- Zweitens gilt es zu differenzieren zwischen **unterschiedlichen Ansätzen in der Wirtschaftswissenschaft**: sie ist kein monolithischer bzw. dogmatischer Block, sondern

durch Prozesse und Veränderungen gekennzeichnet, die - wenn auch gelegentlich langsam - verantwortlich mitgestaltet werden können und müssen.

- Drittens: Jede ökonomische Position ist unverantwortlich und unsachgemäß, wenn sie sich nicht als **ökonomisch-politische versteht**.
 - Ein zentrales Beispiel ist die Kritik an der Neoklassik im Rahmen der neuen politischen Ökonomie. Der Skopus dieser Kritik zielt darauf, dass eine Ökonomie unverantwortlich ist, die nicht in der Lage ist, rein ökonomische Argumente mit der Reflexion auf institutionelle Bedingungen ihrer Umsetzung und Zielsetzung zu verbinden. Eine Folge davon war die genannte Abkehr von den Strukturanpassungsprogrammen des IWF. Ein anderes Beispiel ist, dass endlich erkannt ist, dass Marktwirtschaft auf staatlichen und politischen Voraussetzungen beruht, die sie selber nicht schaffen kann.
 - Ökonomie ist nur dann auf dem nötigen Problemniveau, wenn sie die Institutionen bezogene Kritik an der Neoklassik kritisch berücksichtigt. Eine politische Ökonomie muss auf relevante Bedingungen der Ökonomie, wie Kultur, Recht und Akteure wie Kirchen und Zivilgesellschaft eingehen.
- Viertens: Verantwortliche Gestaltung der Globalisierung heißt, das **Primat der Politik** gegenüber der Ökonomie erhalten bzw. wieder durchsetzen.
 - Dazu gehören Fragen der Sitzverteilung und Basisstimmrechte in internationalen Organisationen, regionale Zusammenschlüsse, ein internationaler Gerichtshof, internationale Sozial- und Umweltstandards, Koordinierung der Kapitalbesteuerung.
 - Die Globale Gestaltungsaufgabe besteht! Globale Strukturen und Institutionen müssen und können genutzt werden, um mehr Gerechtigkeit und Vernünftigkeit in der Globalisierung und im Welthandel durchzusetzen!
 - So auch Position vieler NGOs, vgl. Venro Parteienstudie August 2005 (Mitglied: Kairos) zum Stichwort Welthandel: „Unter dem Motto ‚Mehr Gerechtigkeit im Welthandel‘ fordern die NROs von der Bundesregierung, ihren Einfluss bei EU und WTO geltend zu machen, um unfaire Praktiken der IL gegenüber den ärmeren Ländern (Exportsubventionen im Agrarbereich, Zolleskalation, Anti-Dumping-Regeln, Patentregelungen für Medikamente) zu beenden. Die internationalen Handelsregeln sollen so ausgestaltet werden, dass sie EL einen besonderen Schutz ihrer Märkte garantieren. ... sollte die Bundesregierung im internationalen Rahmen dazu beitragen, den Vorrang von Umweltabkommen vor Handelsabkommen festzuschreiben.“
- Fünftens: In die Ökonomie lassen sich **Fragen der Gerechtigkeit** integrieren: Rawls Option für die Armen können Ökonomen in ihre Sprach- und Denkwelt als Versicherungskalkül übertragen – wenn auch nur als Einstieg in eine Gerechtigkeitsdiskussion auf der Höhe der Zeit.
- Sechstens: **Die Ökonomie als religiöses Glaubenssystem** zu analysieren, ist längst kein Privileg mehr von Adam Smith oder Franz Hinkelammert. In einem Buch mit dem Titel „Kultmarketing“ finden sich jedenfalls mit normativem Impetus Sätze wie diese: „Die Welt des Marketings und der Werbung ist nicht die Welt der Zwecke, Bedürfnisse und Rechnung, sondern die Welt der Magie, des Totemismus und Fetischismus. ... Der Kapitalismus hat eine essentiell religiöse Struktur. Er entsteht als Parasit des Christentums und zehrt so sehr von dessen Kräften, dass die neuzeitliche Geschichte des Christentums umgeschlagen ist in die Geschichte des Kapitalismus: Der Kapitalismus ist eine reine Kultreligion und der Kult der kapitalistischen Religion dauert permanent an: Jeder Tag ist ein Festtag des Warenfetischismus. (Bolz-Bosshart 1995:223).

- Siebtens: Die Ökonomie ist derzeit in besonderer Weise Empirie-resistent und Politik-avers. Aber das war nicht immer so und das wird sich auch wieder ändern
- Achtens: Das, was „herrschende ökonomische Globalisierung“ genannt wird, ist in Wahrheit eine politisch gewollte ökonomische Globalisierung. Die Kritik an der herrschenden Globalisierung gewinnt an Gewicht, wenn sie präziser den Wechselwirkungen und Unterschieden zwischen den politischen und den ökonomischen Komponenten der Globalisierung betont.

D. Kirchlich-theologische Anmerkungen

6. **Zu den Kennzeichen der kirchlichen Stellungnahmen, die zu einer verantwortlichen Gestaltung der Globalisierung aufrufen, gehört, dass sie weder die skizzierten Ansätze eines kritischen Umgangs mit der Ökonomie nutzen und noch die ökumenische Kritik so darstellen, wie diese sich selber sehen würde.**

- Ich nenne hier die Tendenz, die theologische Analyse von Fetischismus und Götzendienst umzuwandeln in eine Art Priesterbetrugstheorie, wonach Globalisierungskritiker die Position vertreten würden, dass imperiale Mächte ein weltweites System steuern würden. Die in Lateinamerika aufgenommene **Fetischismustheorie** besagt aber im Kern, dass ein Fortschritt sich notwendigerweise gegen das Leben wendet, wenn die Austauschbeziehungen von der Warenwelt geprägt werden. Damit findet m.W. bisher kaum eine theologische oder ökonomische Auseinandersetzung in den Kirchenleitungen statt, die den Gemeinden Perspektiven an die Hand gäbe.
- Da ist zum zweiten die Tendenz, kritische Analyse dadurch abzuwerten, dass sie nur als **Aufschrei oder Aufstand** interpretiert wird. Schlimmer noch: Der ja schlecht zu bestreitende Aufstand wird gelegentlich als grundlos, ja sogar kontraproduktiv dargestellt, habe er doch die missliche Folge, globale Ungerechtigkeit noch zu verfestigen und konkrete Transformation zu verhindern. Ich denke, wer so leichtfertig argumentiert, sollte angesichts der eingangs genannten Zahlen zur Globalisierung klarstellen, inwiefern er mit dieser Interpretation nicht die Opfer einer verantwortungslosen Globalisierung zu Tätern macht.
- Die Argumente zeigen ein Defizit nicht nur der Ethik, sondern auch der Ekklesiologie: Innerkirchlich ist es an der Zeit, rückblickend „**radikale**“ **Trägergruppen** ethisch, inhaltlich und ekklesiologisch fairer und sachgerechter zu würdigen. Es gibt viele Beispiele, wo inzwischen einmütig gesagt werden muss: Hier lagen kritische Gruppen früher richtiger als Kirchenverwaltungen und Hierarchien. Ich nenne aus den letzten Jahrzehnten den Kampf *gegen* Rassismus, gegen Strukturanpassungsprogramme und gegen zunehmende Ungleichheit, oder den Einsatz *für* Entschuldung, für Partizipation und für Mikrokredite. Es ist vernünftig und an der Zeit, dass an die Stelle einer mal vollmundigen, mal subtilen Hermeneutik des Verdachtes gegenüber „radikalen“ Beiträgen eine andere Erwartungshaltung treten könnte.
- Ökumenische Gruppen haben in der Globalisierungsdiskussion schon so oft eine Vorreiterrolle gespielt, dass kirchliche Stellungnahmen weniger von der Sorge vor zu viel Radikalität geprägt sein sollten als vor der Rechenschaft darüber, dass die Kirchen nie wieder sagen müssen: Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt - und nicht brennender geliebt haben.

Stichwortartige Zusammenfassung

1. Es geht bei der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Weltproblematik nicht um zufällige Situationen, sondern um ein systemisch-strukturelles Problem, das mit dem Ziel des

Neoliberalismus zusammenhängt: die Maximierung der Akkumulation des Reichtums für einige Wenige.

2. Die Bibel stellt das Grundproblem von Arm und Reich in den Rahmen der Entscheidungsfrage: Gott oder Mammon. Damit sind zwei Wirtschaften aufgezeigt: die Ökonomie des *Genug für alle* und die Ökonomie der Reichtumsakkumulation für wenige reiche Kapitaleigentümer.

3. Während im Norden oft einfach positive und negative Aspekte und Elemente der neoliberalen Globalisierung nebeneinander gestellt werden und angenommen wird, es sei möglich, den ganzen Prozess in das Modell der sozialen Marktwirtschaft einzubetten, wird im Süden von den Opfern ausgegangen.

4. Deshalb geht es für die Kirchen nur um die Formulierung der Entscheidungsfrage zwischen den beiden Wirtschaften: *Genug für alle* oder *Maßlose Bereicherung für einige Wenige mit Tod für die Mehrheit*. Dies beinhaltet selbstverständlich auch die Notwendigkeit der Thematisierung und der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als wirtschaftliches und soziales System.

Dr. Hella Hoppe, Beauftragte für Ökonomie, Institut für Theologie und Ethik, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Bern

„Der Konflikt um die Globalisierung in der ökumenischen Debatte: Bloßes Verständigungsproblem – oder?“

Herzlichen Dank für die freundliche Einleitung und die Einladung, die Position des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK zur Frage der Globalisierung auf dem heutigen Podium einbringen zu können.

Gestern hatten wir in Bern eine Medienkonferenz zum Vorabdruck unserer neuen Studie mit dem Titel „Globalance. Christliche Perspektiven für eine menschengerechte Globalisierung“, die Anfang November der Abgeordnetenversammlung vorgelegt wird.

Die Medienkonferenz stand unter anderem unter dem Motto: „Zwischen Accra und Porto Alegre, zwischen New York und Hongkong“. Genau in diesem Spannungsfeld verstehen wir unsere zeitliche und inhaltliche Positionierung zur Globalisierung:

kirchenpolitisch zum einen anknüpfend an den vom SEK unterstützten Ergebnissen der RWB-Vollversammlung in Accra 2004, insbesondere dessen Aktionsplan, und zum anderen als vorbereitenden Diskussionsbeitrag zur ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre 2006;

politisch bewegen wir uns derzeit im Spannungsfeld des Millennium+5-Gipfels in New York und der WTO-Ministerkonferenz im Dezember in Hongkong.

Im Sinne der Beschlüsse von Accra ist die Studie Globalance eine Kontextualisierung der Globalisierungsfrage auf der Schweizer Ebene. Die Studie erarbeitet dabei sehr konkrete Handlungsempfehlungen sowohl an die SEK Mitgliedkirchen als auch an das Schweizer Parlament und Regierung. In diesem Sinne artikuliert der SEK seine Anliegen als Volkskirche, die sich als starke Partnerin der Entscheidungsträgerinnen und –träger in Politik und Wirtschaft **direkt** einbringen kann, und verwendet eine entsprechende Sprache.

- Hier möchte ich einen kurzen „Exkurs“ von meinem Manuskript einschieben und anknüpfen an dem, was Wolfram Stierle formuliert hat. Dem Zitat von Hannah Arendt möchte ich ein Zitat von Max Weber anschließen, das von Peter Schmid, Mitglied des

SEK Rates, auf der gestrigen Medienkonferenz zitiert wurde: „Vom starken langsamen Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ – darum geht es vorrangig bei einer menschengerechten Gestaltung der Globalisierung aus Sicht des SEK.

In diesem Sinne sympathisiere ich auch mit den gestrigen Thesen und Aussagen von Wolfram Stierle. Drei möchte ich exemplarisch herausgreifen, die von besonderer Bedeutung sind:

- (a) differenzierte Wahrnehmung auch von Veränderungen bei Globalisierungsprozessen (Verweis große Schwellenländer),
- (b) themenzentrierte Interaktion (TZI) und
- (c) Suche nach Ansatzpunkten für Strategien der Veränderung unter Beibehaltung der Doppelstrategie von Vision und Pragmatismus.

Diese drei Punkte wurden auch in der SEK Studie Globalance berücksichtigt. Wir haben neben zahlreichen Empfehlungen an kirchliche Institutionen auch zahlreiche Handlungsempfehlungen an politische und wirtschaftliche Entscheidungsträgerinnen und –träger formuliert, z.B. im Bereich Finanzmärkte, Technologien, Handel, Umwelt, Gleichstellung der Frau und Weltordnungspolitik.

Der Titel der vorliegenden Orientierungshilfe ist Programm: Globalance. Globalisierung braucht aus unserer Sicht eine globale Werte-Balance mit dem Ziel, Schwächere zu stärken und Ungerechtigkeiten abzubauen. Eine Wertebalance setzt Werte, die als richtig anerkannt werden, aber in Spannung zueinander stehen, in eine Beziehung zueinander (Bsp. Freiheit und Gerechtigkeit). Die Studie wendet sich dabei gegen Extreme, denn eine Ursache wirtschaftlicher, sozialer, politischer und religiöser Konflikte ist die Verabsolutierung und Extremisierung von Werten. Extremere wirtschaftlicher Protektionismus führt zu Behinderungen von Entwicklung, umgekehrt erleiden bei der überstürzten Öffnung aller Märkte unter ungleichen Partnern schwächere Länder oft gravierende Nachteile gegenüber wettbewerbsstarken Unternehmen und Ländern.

In der strittigen Frage um das „richtige“ Wirtschaftssystem wendet sich Globalance somit gegen eine Polarisierung in der Frage, ob eine kapitalistische Marktwirtschaft oder ein System, das Privateigentum und Markt grundsätzlich ablehnt, das richtige Referenzmodell darstellt.

Globalance erkennt vielmehr die Berechtigung unterschiedlicher Wirtschaftsmodelle an. Unser Ausgangspunkt ist, dass die aktuellen globalen Herausforderungen – Armut, globale Wasserknappheit, Einschränkung der Biodiversität, Finanzkrisen, ungleichgewichtiger Welthandel, aber auch der Zerfall von Staaten sowie nicht-konventionelle Formen von Kriegen und Konflikten - dass diese Herausforderungen nur über eine Reihe demokratisch abgestimmter und koordinierter Reformprozesse und eine enge Kooperation der Weltgemeinschaft zu beantworten ist.

Wie schwierig und langwierig diese Kooperations- und Reformprozesse sind und in welchem Ausmaß diese immer wieder durch Machtungleichgewichte torpediert werden, verdeutlicht insbesondere das Jahr 2005.

Kaum ein Jahr verdeutlicht das Ringen um eine Balance von Werten, Positionen und Strategien in der Globalisierung ausgeprägter als dieses Jahr. Kaum ein Jahr hat so hohe Erwartungen an die Konsensfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft geweckt und an deren politischen Willen für mehr globale Gerechtigkeit wie 2005.

Nach Abschluss des Millennium+5-Gipfels der Vereinten Nationen in New York hat der Euphorie nun zunächst Ernüchterung Platz gemacht, obwohl einige wichtige Teilerfolge erzielt werden konnten (Verweis SEK Broschüre zur UNO-Reform).

Der Wert „Freiheit, in Würde zu leben“ - Zitat Kofi Annan - hat beispielsweise auf dem Millennium+5-Gipfel eine deutliche ‚Aufwertung‘ erfahren, indem im Bereich der Menschenrechte gute Fortschritte erzielt werden konnten. Beschlossen wurde unter anderem die Verdopplung des Budgets der Hochkommissarin für Menschenrechte, die Absage an eine Relativierung der

Menschenrechte aufgrund von religiösen oder kulturellen Besonderheiten, die explizite Anerkennung von spezifischen Menschenrechten der Frau sowie die Ablösung der Menschenrechtskommission durch einen Menschenrechtsrat.

Positive Entwicklungen sind auch in den Bereichen Frieden und kollektive Sicherheit festzustellen. So wurde die Einrichtung einer hochrangigen Kommission für Friedenskonsolidierung beschlossen, die Ausweitung des Rechts auf Selbstverteidigung unterbunden (d.h. Artikel 51 der UNO-Charta beibehalten) sowie die kollektive Schutz-Verantwortung der Weltgemeinschaft gegenüber Völkermord, den so genannten ethnischen „Säuberungen“ und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt.

Diese Ergebnisse stärken den Wert „Freiheit von Furcht“.

Gleichzeitig sind jedoch angesichts der globalen Probleme und Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, die Beschlüsse des Millennium+5-Gipfels erschreckend minimalistisch. Der Wert „Freiheit von Not“ wird nicht gestärkt. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der fehlenden Mobilisierung finanzieller Mittel für die Armutsbekämpfung und die fehlenden verbindlichen Aussagen zu einer entwicklungspolitisch ausgerichteten Welthandelsordnung.

Zu einer Werte-Balance im Handel gehört beispielsweise, dass die Öffnung der Märkte damit verbunden wird, dass Entwicklungsländern ein ausreichender wirtschaftspolitischer Entscheidungsspielraum – *Entscheidungsfreiheit* - gelassen wird, um souverän definierte Entwicklungsstrategien umzusetzen. Dies impliziert beispielsweise, dass Entwicklungsländer sich im Aufbau befindliche industrielle Produktionsbereiche, die international (noch) nicht wettbewerbsfähig sind, schützen können. Derzeit berücksichtigen jedoch die der WTO zugrunde liegenden Werte *Gegenseitigkeit*, *Gleichbehandlung* und *Gleichstellung* den Entwicklungsstand eines Landes und seine spezifischen Bedürfnisse nicht.

Globalbalance erfordert ferner, dass Macht in den verschiedensten Bereichen fair geteilt wird. Werte wie freie Partizipation an Entscheiden, gerechter Zugang zu Gütern und Lebenschancen, Solidarität oder Verantwortung setzen das Teilen von Macht voraus. Eine Stärkung der Schwächeren würde somit auch zu einer „Aufwertung“ der Werte Solidarität, Empowerment und Gerechtigkeit führen.

Da die finanziellen Ressourcen für eine entsprechende Stärkung von Schwachen, insbesondere durch öffentliche Investitionen, nur in eingeschränktem Maße von Entwicklungsländern selbst aufgebracht werden können, sind externe finanzielle Ressourcen notwendig. Hier verbindet die Studie beispielsweise die allgemeine Diskussion über Werte mit sehr konkreten Empfehlungen an die Schweizer Politik für die quantitative und qualitative Erhöhung der Öffentlichen Entwicklungshilfe sowie der Prüfung und Umsetzung verschiedener Arten innovativer Finanzierungsinstrumente.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.

Ulrike Schmidt-Hesse, Pfarrerin und Studienleiterin, Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Frankfurt/Main

***Der Konflikt um die Globalisierung in der ökumenischen Debatte:
Bloßes Verständigungsproblem – oder ...?***

1. Einleitung

Meiner Einschätzung nach geht es in der Debatte nicht um ein Verständigungsproblem, sondern um unterschiedliche politische Positionen und Verortungen. Diese sind nicht Nord und Süd im klassischen Sinn zuzuordnen.

Ich sehe in der Debatte nicht nur die beiden Positionen Widerstand oder Dialog, sondern vielmehr auch Positionen, die die Globalisierung politisch gestalten wollen, dabei aber weitreichende Reformen fordern und auf die Veränderung politischer Kräfteverhältnisse zielen, indem sie Bewusstseinsbildung, politische Aktionen - v.a. zivilgesellschaftlicher Gruppen - und Dialog verknüpfen. (Interessant ist ja auch, dass es im Blick auf Handlungsempfehlungen weitreichende Übereinstimmungen gibt bei verschiedenen ökumenischen Konferenzen wie z.B. Soesterberg, Winnipeg, Accra oder im Agape-Dokument.)

Die Stellungnahme, die ich Ihnen vorstelle, gehört in diese dritte Kategorie. Es ist keine offizielle Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Sie wurde nicht von einem Leitungsgremium beschlossen. Sie wurde von einer Arbeitsgruppe im Auftrag der Referentin für Mission und Ökumene in der Kirchenverwaltung der EKHN verfasst als Antwort aus der EKHN auf den Brief von Bischof Rolf Koppe vom Kirchenamt der EKHN zum Thema „Ökumenischer Diskussionsprozess zu Globalisierung“.

Im Schreiben an Herrn Koppe heißt es: „...Wir sehen in der Auseinandersetzung mit der Globalisierung eine wichtige Aufgabe im Blick auf Verkündigung, Handeln und Existenzform unserer Kirche...(seit 1997/98) haben sich Einrichtungen, Gemeinden, Gruppen und Einzelne in den Handlungsfeldern Ökumene, Gesellschaftliche Verantwortung, Diakonie und Bildungsarbeit mit den Herausforderungen der Globalisierung beschäftigt.

Personen aus diesen Arbeitsbereichen haben Ihre Anfrage und den Brief aus Soesterberg miteinander diskutiert und reflektiert. Dabei ist das beigefügte Papier entstanden, das VertreterInnen der Arbeitsbereiche Ökumene, Gesellschaftliche Verantwortung und Diakonie formuliert haben. Darin sind Erfahrungen aus anderen Handlungsbereichen der EKHN einbezogen. Es hat sich in unserer Kirche sehr bewährt, dass Personen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven zum Thema Globalisierung zusammenarbeiten...

Der Brief aus Soesterberg setzt sich kritisch mit der sog. ökonomischen Globalisierung und der Rolle, die das internationale Finanzsystems darin spielt, auseinander. Auch wir unterscheiden zwischen Globalisierung als wachsender Interdependenz wirtschaftlicher, sozialer, politischer, kultureller und ökologischer Entwicklungen weltweit, die positive und negative Auswirkungen hat, und der sog. ökonomischen - d.h. von neoliberalen Prämissen geleiteten - Globalisierung. Der folgende Text bezieht sich vor allem auf die „ökonomische Globalisierung“...“

Der Text der Stellungnahme wurde im Januar 2004 fertig gestellt. Seither gab es in der EKHN weitere Diskussionen und Aktivitäten in Auseinandersetzung mit der Globalisierung. Näheres kann ich gerne im Gespräch erläutern.

2. Arbeitspapier:

Erfahrungen – Reflexionen - Aktivitäten - Perspektiven
Zur Auseinandersetzung mit Globalisierung in der EKHN

Gliederung

1. Erfahrungen
 - 1.1. Überblick
 - 1.2. Ökumenische Partnerschaften
 - 1.3. Zur Sozial- und Steuerpolitik
 - 1.4. Kulturwandel in den Arbeitsbeziehungen
 - 1.5. Offene Fragen

2. Aktivitäten
3. Theologische Überlegungen
4. Alternativen und Handlungsperspektiven
 - 4.1. Suche nach Alternativen und Frei-Räumen
 - 4.2. Suche nach Positionen und Kooperationspartnern

1. Erfahrungen

1.1. Überblick

Die Landeskirche ist auf vielfache Weise mit den Herausforderungen der Globalisierung konfrontiert. Exemplarisch wären zu nennen:

- Sie hat mit dem Frankfurt-Airport eine zentrale Drehscheibe globalen Güter- und Warentransfers in ihrer Mitte. Frankfurt-Airport ist auch eine der letzten Türen für die globalen Flüchtlingsströme in unser Land.
- Sie hat in ihrer Mitte wichtige TNUs, die in ihren Strategien nicht nur den globalen Markt nutzen, sondern global agieren.
- Die europäische Bankenmetropole Frankfurt/M ist von zentraler Bedeutung für die ökonomische Entwicklung der Region. Hochqualifizierte MitarbeiterInnen dieser Institutionen sind oft Mitglieder von Gemeinden und vertreten diese in Kirchenvorständen und Synoden.
- In ihren Gemeinden leben – vor allem in der Rhein-Main-Region - viele Menschen, die als sog. „global player“ arbeiten und davon profitieren, aber auch Menschen, die Opfer globaler Wirtschaftsprozesse sind.
- In ihren Beziehungen zu Partnerkirchen findet ein regelmäßiger Austausch über Folgen globaler Prozesse statt.
- In ihren Finanzentwicklungen ist die Landeskirche durch die globalen Wirtschaftsprozesse mitbetroffen. Dies betrifft vor allem die Einnahmenseite (Kirchensteuer, Anlagenerträge).
- In ihrer Seelsorgearbeit begegnet sie immer mehr den destruktiven Folgen von Überforderung und von Ausgrenzung durch Globalisierungsprozesse.

Diese Beispiele zeigen: Die Herausforderungen der Globalisierung sind kein der sozialetischen Reflexion und kirchlichen Praxis von außen zukommendes Thema, sondern sie brechen mitten in der Kirche auf. Die EKHN kann ihren Auftrag nur angemessen wahrnehmen, wenn sie sich auch im globalen Kontext wahrnimmt und in diesem Sinne auch handelt. Die Herausforderungen durch die Globalisierung gehören deshalb in die Mitte von Theologie und Kirche und können nicht nur sozialetisch abgehandelt oder sogar individualetisch delegiert werden.

Dies wird noch durch die generelle Einsicht unterstrichen, dass Globalisierung aufgrund des universalen Auftrages und der universalen Präsenz von Kirche für Theologie und Kirche ein immanentes und deshalb eminent theologisches Thema ist. Zudem kann mit guten Gründen argumentiert werden, dass die Entwicklungen von globalen Prozessen und Strukturen sowohl in negativen als in positiven Auswirkungen von der neuzeitlichen Ökumenischen Bewegung mitbestimmt wurden.

1.2. Ökumenische Partnerschaften

In besonderer Weise wird die EKHN im Gespräch mit ihren Partnerkirchen mit den Folgen der Globalisierung konfrontiert.

Seit Mitte der 1980iger Jahre sind in der EKHN im Rahmen von Direktpartnerschaften enge Beziehungen zu Kirchen in Ghana, Südafrika, Tansania, Indien, Indonesien und Südkorea gewachsen. In den Begegnungen nehmen Fragen der Globalisierung und deren unmittelbaren Folgen in den Ländern der Partnerkirchen einen zunehmend wichtigen Raum ein. Auf der einen

Seite sprechen unsere Partner von Hoffnungen im Blick auf die Überwindung von Armut, Menschenrechtsverletzungen und offensichtlichen Formen von Ungerechtigkeit durch eine stärkere Einbindung der jeweiligen nationalen Ökonomien in den Weltmarkt, so wie durch eine stärkere Orientierung an demokratischen Werten und sozialen Errungenschaften der Länder des Westens und Nordens. Andererseits sprechen sie offen von den negativen Folgen der Globalisierungsprozesse, die sie unmittelbar zu spüren bekommen:

- wenn Tagelöhnerinnen und Tagelöhner in der Kaffeeernte keine Arbeit mehr finden und die Kaffeebohnen am Strauch hängen bleiben, weil der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt so niedrig ist, dass die Ausgaben die Einnahmen übersteigen würden;
- wenn die Öffnung des nationalen Marktes für billige Importe von Rohkautschuk die Kautschuk erzeugerinnen und -erzeuger im eigenen Land ruiniert;
- wenn die Einfuhr einer im Erzeugerland hoch subventionierten Schiffsladung Milchpluver den lokalen Milchpreis in den Keller treibt;
- wenn der Schuldendienst eines Landes keinerlei Ressourcen für die eigene Entwicklung mehr lässt;
- wenn Spekulationen auf den internationalen Devisenmärkten die nationale Währung in die Wertlosigkeit und die Menschen in Armut treibt;
- wenn die vom IWF erzwungenen Reformen von heute auf morgen zum Ausverkauf nationaler Betriebe und zu Massenentlassungen führen;
- wenn eigene Traditionen und kulturelle Errungenschaften in einer westlich orientierten „Einheitskultur“ unterzugehen drohen;
- wenn die zunehmend notwendige Mobilität der Arbeitskraft traditionelle Familienzusammenhänge und die Solidarität zwischen den Generationen zerstört.

Unsere Partnerinnen und Partner suchen gemeinsam mit anderen Gruppen in der Zivilgesellschaft nach Alternativen und nach Wegen, diese Prozesse menschlicher und gerechter zu gestalten.

Bei Begegnungen und Seminaren bringen sie ihre – und wir unsere - Erfahrungen, Reflexionen und Handlungsstrategien ein. Wir versuchen, miteinander solidarisch zu sein und uns gegenseitig zu unterstützen.

1.3. Veränderung der Rolle des Staates: Zur Sozial- und Steuerpolitik

In ihrer sozialen und diakonischen Arbeit sind Kirche und Diakonie mit den Folgen der öffentlichen Armut und des Sozialabbaus für Menschen in Not konfrontiert. Dies kann so interpretiert werden:

Das bundesdeutsche Sozialsystem soll „globalisierungsfest“ gemacht werden. Die Kürzung der Sozialleistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitszeit folgt der Logik der Globalisierung. Soziale Errungenschaften gelten als Blockade für den Wettbewerb im Rahmen der Globalisierung. Steuern werden gesenkt. Es soll ein schlanker, aktivierender Staat etabliert werden. Das öffentliche Augenmerk richtet sich wenig auf die Einnahmeseite, sondern vor allem auf die Ausgabenseite eines hochverschuldeten Staates, der „auf Kosten der folgenden Generationen“ lebt.

So verursacht das politische Projekt der Globalisierung zusammen mit der andauernden Massenarbeitslosigkeit und dem demografischen Wandel eine Finanzkrise der öffentlichen Hände und eine Krise der sozialen Sicherungssysteme.

Diakonie und Kirche führen ihre soziale Arbeit zu einem großen Teil mit Geldern aus, die der Staat ihnen zur Verfügung stellt. Diese Zuweisungen werden zur Zeit massiv gekürzt. Die diakonische und soziale Arbeit wird dadurch zu einem Opfer neoliberaler Strategie. Wenn Diakonie und Kirche nicht nur den vom Staat verordneten Spar- und Kürzungskonzepten folgen wollen, müssen sie gesellschaftspolitisch aktiv werden. Die Wohlfahrtsverbände und unter ihnen auch die Diakonie haben deshalb auf die Kürzungen des Landes Hessen im Sozialhaushalt mit einer breiten

Mobilisierung der Öffentlichkeit in Massendemonstrationen geantwortet. Die Synode der EKHN hat scharf gegen die Kürzungen protestiert.

Die Stärkung der Staatseinnahmen wird deshalb zur Kernforderung für den Erhalt der Sozialstaatlichkeit. Zu erinnern ist an das Sozialwort der Kirchen von 1997: „Die Bevölkerung ist bereit, notwendige Einsparungen mitzutragen, wenn sie sieht und davon ausgehen kann, dass die Lasten und die Leistungen gerecht verteilt sind, dabei die Gesamtheit der Solidargemeinschaft erfaßt wird und soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur bei den Ausgaben und Leistungen, sondern bereits auch bei der Aufbringung der Mittel gewahrt bleiben.“ (191)

1.4. Kulturwandel in den Arbeitsbeziehungen

Kontakte mit VertreterInnen von Betrieben in der Region machen deutlich, dass der Einfluss des finanzökonomisch dominierten Neoliberalismus nicht nur das Verständnis der Rolle des Staates, sondern auch die Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen im Kern verändert:

- Die starke Orientierung am Interesse der Anteilseigner von börsennotierten Unternehmen (shareholder value) fördert ein an kurzfristigem Ertrag orientiertes Denken, das nicht die ganze Breite der Entwicklung von Unternehmen einschließlich der Entwicklung von Personal und Umwelt berücksichtigt. Mehr noch als zuvor werden ArbeitnehmerInnen einseitig als Kostenfaktor und bloße Ware Arbeitskraft betrachtet und auf ihre Funktionalität für die Kapitalverwertung reduziert.
- Einseitig betriebswirtschaftliches Denken wird über den Betrieb hinaus auf volkswirtschaftlich zu betrachtende Zusammenhänge ausgedehnt. Maßnahmen jedoch, die betriebswirtschaftlich erfolgreich sein können, können volkswirtschaftlich gesehen großen Schaden anrichten. Zu kurz gegriffene Maßstäbe und Perspektive werden den größeren Räumen und Zeiten nicht gerecht, in denen nachhaltiges Wirtschaften realisiert werden muss. Auch das Management steht unter extrem hohem kurzfristigem Erfolgsdruck, der zugleich langfristigen Erfolg von Unternehmen in Frage stellen kann.
- Für die ArbeitnehmerInnen bringen diese Formen der Kapitalverwertung zwei Folgen mit sich, die bis hinein in das mittlere Management zu spüren sind:
 - Eine starke Arbeitsverdichtung für diejenigen, die in Arbeit sind.
 - Ausschluss aus den Arbeitsbeziehungen für diejenigen am Rande – wobei auch die „Mitte“ innerhalb kürzester Zeit zum „Rand“ werden kann.
- Nachdem die Wirtschaft sich infolge der Globalisierung räumlich schlechterdings nicht mehr ausdehnen kann, werden kulturelle Zeitressourcen – Sonn- und Feiertage, Abende in Dienstleistung und Einzelhandel - industrialisiert und unmittelbarer Verwertung zugeführt.

1.5. Offene Fragen

Auf unterschiedlichen Ebenen werden gegenwärtig innerhalb der EKHN die Frage kontrovers diskutiert, ob Globalisierungsprozesse in ihren destruktiven Folgen mittlerweile auch bei uns Ausmaße erreicht haben, die denen in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas vergleichbar sind (Abbau der Sozialsysteme analog den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank)? Nun ist es unbestritten, dass der deutliche Sozialabbau bei uns mit Argumenten der Globalisierungsprozess durchexerziert wird. Auf der Ebene der EU ist der sog. „Lissabonprozess“ dafür ein explizites Beispiel. Unbeschadet davon muss jedoch festgehalten werden, dass die Konsequenzen dieses Prozesses für uns (noch) sehr viel weniger dramatisch sind als für die Länder der sog. „Dritten Welt“. Vor einer zu schnellen Parallelisierung der Globalisierungsprozesse sollten uns nicht zuletzt die Erfahrungen unserer Partnerkirchen warnen.

Sieht man in der Privatisierung von sozialen Sicherungssystemen einen wesentlichen Bestandteil von neoliberaler Globalisierung, dann ist eine Parallele zwischen staatlicher Entwicklungspolitik und kirchlichem Entwicklungsdienst offensichtlich. Auf staatlicher Ebene werden im Rahmen von Strategien der „Private Public Partnership“ die öffentlichen Zuwendungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sukzessive reduziert. Im kirchlichen Bereich entspricht diesem

Vorgehen die spürbare Reduktion der „öffentlichen“ Gelder für den kirchlichen Entwicklungsdienst (EED), verbunden mit dem Appell, diese Verluste durch private Spenden der Kirchenmitglieder – etwa an „Brot für die Welt“ aufzufangen. Angesichts der offensichtlichen kirchlichen Sparzwänge wird dieser Trend innerhalb der Landeskirche unterschiedlich beurteilt.

2. Aktivitäten

In der EKHN gibt es eine Reihe von Arbeitsbereiche, Initiativen und Projekten, in denen sich Gemeinden, Gruppen, Einrichtungen und Werke mit Fragen der Globalisierung befassen. Zum Teil handelt es sich dabei um Engagements, die schon vor längerer Zeit entstanden sind, doch jetzt unter dem Stichwort Globalisierung neu verhandelt werden.

- Mitgliedschaft in der Erlassjahrkampagne und damit Eintreten für eine umfassende Entschuldung. Hier ist die Landeskirche solidarisch mit zahlreichen Initiativen aus Partnerkirchen in Afrika und Asien.
- Finanzielle und ideelle Unterstützung der Perspektiven des „fairen Handels“ durch Kirchengemeinden, Dekanate und die Landeskirche.
- Mitgliedschaft von Gemeinden, Dekanaten und der Landeskirche bei Oicocredit zur Unterstützung eines fairen Kreditwesens im Rahmen von Kleinkrediten.
- Mitarbeit von Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen und Instituten in Kampagnen und Initiativen, die sich einsetzen für eine „Wirtschaft für das Leben“
- Ansätze zur Praktizierung von „Ethischem Investment“ im Blick auf die eigene Anlagenpolitik.
- Angebote von Bildungsarbeit zu Prozessen der Globalisierung seitens der Zentren für Gesellschaftliche Verantwortung und Ökumene sowie im Rahmen von Angeboten der Evangelischen Akademie Arnoldhain, der Erwachsenenbildung und in Gemeinden und Dekanaten.
- Beteiligung an der gesellschaftspolitischen Debatte über Steuerpolitik, Sozialabbau, Privatisierung, Entwicklungspolitik
- Gespräche in Betrieben, mit Verbänden und Gewerkschaften zum Thema (Begleitung, Diskussion)

Zwei gesamtkirchliche Prozesse bzw. Projekte sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung

- Die EKHN hat vor allem im Rahmen der öffentlichen Kontroversen um den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens sich den ökologischen Konsequenzen globaler Prozesse gestellt. Die Kirchensynode hat in diesem Zusammenhang das sog. „Mediationspaket“ unterstützt und damit eine Zustimmung zu diesem Großprojekt an die strikte Einhaltung eines Nachtflugverbotes und eines effektiven Lärmschutzes gebunden (1998).
- Die EKHN setzt sich mit dem zunehmenden Gegensatz von privatem Reichtum einerseits und zunehmender öffentlicher und privater Armut und Überschuldung andererseits auseinander. Angestoßen durch das Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 und durch das Projekt christlicher Hilfsorganisationen „Christianity, Poverty and Wealth in the 21st. Century“ wurde 2002 eine Studie zu „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ erarbeitet. Die Kirchenleitung hat sich deren Ergebnisse zu eigen gemacht. Sie hat dabei festgestellt: „Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass eine starke Ungleichheit von Einkommen und Vermögen automatisch ein höheres gesamtwirtschaftliches Leistungsvermögen zur Folge hat, folgt die Kirchenleitung der in der Studie differenziert entfalteten These, wonach der Grundsatz der Gerechtigkeit eine eher ausgewogene Verteilung von Eigentum und Vermögen nahe liegt. Die Kirchenleitung teilt die Überzeugung, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft nur ein begrenztes Maß an Polarisierung verträgt und sich die Pflege des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf lange Sicht auch als ökonomischer Vorteil erweisen wird.“(28.11.2002). In dem gegenwärtig laufenden

Konsultationsprozess dient diese Studie als Bezugspunkt für die notwendigen Debatten um die Zukunftsfähigkeit der eigenen Gesellschaft. Damit soll ernst genommen werden, dass eine „Neukonzeption des Sozialstaates in ein Wohlstandmodell eingebettet sein muss, das nicht auf Kosten der Ärmere dieser Welt gehen darf“ (Stellungnahme der Kirchenleitung der EKHN vom 1. Oktober 1996 zur „Standort- und Sozialstaatsdebatte“)

In solchen Initiativen und Projekten geht es vornehmlich um eine Zivilisierung von Globalisierung, sei es als Steigerung der aktiven Beteiligung einer immer größer werdenden Zahl von Menschen an globalen Prozessen, sei es als Zivilisierung der sich global organisierenden Marktwirtschaft im Sinne der „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“. In diesem Sinne werden solche Initiativen und Projekte als Gestaltungsaufgabe verstanden. Dies geschieht (theoretisch) in kritischer Auseinandersetzung mit realen Prozessen des Ausschlusses, der Diskriminierung und der Zerstörung und (praktisch) in solidarischer Unterstützung von Modellen der Zählung, der Gegenwehr und der alternativen Entwicklung.

3. Theologische Überlegungen

Innerhalb der unterschiedlichen Prozesse auf den verschiedenen Ebenen der Landeskirche gibt es vielfältige theologische Überlegungen zur Urteilsbildung und Handlungsanleitung hinsichtlich des Verständnisses und der Auswirkungen von Globalisierung. In dieser Vielfalt zeigt sich eine zunehmende Übereinstimmung darüber, dass diese Herausforderungen nicht allein die individuelle Orientierung der Gläubigen tangieren, sondern kirchliches Selbstverständnis und Verhalten zentral betreffen.

Wesentliche theologische Orientierungen, die im Brief aus Soesterberg genannt werden, sind auch für unsere Reflexion der Globalisierung wesentlich. Auch wir orientieren uns an der Verheißung des Lebens in Fülle für alle Menschen und die ganze Schöpfung. Auch wir erstreben eine Wirtschaft im Dienst des Lebens. Wir möchten daran mitarbeiten, Ungerechtigkeit, Ausschluss und Zerstörung zu überwinden.

Deshalb begrüßen wir den Aufruf zu einem engagierten Prozess des Sehens, Urteilens und Handelns im Blick auf Globalisierung.

Ist die Relevanz des Evangeliums für das Verständnis und die Gestaltung von Globalisierung weitgehend unbestritten, so gehen die Auffassungen darüber auseinander, ob und wann sich angesichts destruktiver Folgen solcher Prozesse die „Bekennnisfrage“ stellen muss. So gibt es einen (zumindest verbalen) breiten Konsens über die im Konziliaren Prozess gewonnene Einsicht von der „vorrangigen Option für die Armen“. Was dies in Dialog und Kooperation mit aktiven Trägern neoliberaler Globalisierung jedoch bedeuten kann und muss, ist weithin ungeklärt.

Es gibt bisher keine Aussage unserer Kirche dazu, ob neoliberale Ideologie und Politik mit der Vision der Ökumene vereinbar sind oder nicht.

Die Auffassungen darüber, ob und in welcher Weise der Begriff „Götzendienst“ notwendig und sinnvoll ist, sind auch unter Kritikerinnen des Neoliberalismus sehr kontrovers. Vor allem ist unklar, welche Folgen es haben soll, wenn im Blick auf konkrete Prozesse von „Götzendienst“ geredet werden muss.

Der von der Landeskirche unterstützte Konsultationsprozess über „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ bietet Möglichkeiten, solche offenen und ungeklärten Fragen voranzutreiben.

Vor allem in den Zentren für Gesellschaftliche Verantwortung und Ökumene und im DWHN werden die von sozialgeschichtlicher Schriftauslegung herausgearbeiteten biblischen Selbstausslegungsprozesse in der Sabbattradition als wichtige Elemente einer theologisch orientierten Urteilsbildung verstanden. In ihnen begegnet ein von geistlichen Prozessen frei gesetztes Vernunftpotential, das in konkreten Auseinandersetzungen argumentativ entfaltet werden

kann. Solche biblisch gesättigten Erinnerungen setzen Energien frei zur Gestaltung gerechter Beziehungen als Alternativen zu ungerechten Strukturen bei uns und weltweit. In diesem Sinne sind Ansätze zur „Spiritualität des Widerstands“ Teil eines christlichen Vergewisserungsprozesses im Zeitalter von Globalisierung.

4. Alternativen und Handlungsperspektiven

Die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung führen bei Menschen in unserer Region zu unterschiedlichen Konsequenzen:

- Immer mehr Menschen beteiligen sich an Initiativen und Protestaktionen gegen Sozialabbau und Privatisierung und für eine sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung bei uns und weltweit. Wir können erfreulicherweise an neuen Aufbrüche teilhaben, an einer visionären und praktischen Suche nach Alternativen zu einem einseitig finanzökonomisch verkürzten Weltverständnis. Horst Eberhard Richter entdeckt in diesen Aufbrüchen „das Ende der Egomane“.
- Gleichzeitig beobachten wir mit großer Sorge wachsende Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei vielen Menschen, die durch die Komplexität der allgegenwärtigen Veränderungen – wir können von einem „Zeitbruch“ sprechen – überfordert sind und/oder sich aus der Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlen.
- Es gibt auch Personen und Gruppen, die neoliberale Positionen offensiv vertreten – auch unter Kirchenmitgliedern. Oft sind sie Gewinner einer Politik und Wirtschaftsweise, die wirtschaftsliberalistische Dogmen und teilweise protektionistische Wirklichkeiten verbindet.

Eine wesentliche Aufgabe für die Kirchen liegt darin, dazu beitragen, ein demokratisches Denken in Alternativen zurückzugewinnen. Der Satz „Es gibt keine Alternative“ ist denk- und zukunfts-feindlich und in keiner Weise der Realität angemessen.

Die notwendige Kritik der ökonomischen Globalisierung und die Strategien zur ihrer alternativen Gestaltung orientieren sich an Perspektiven wie „Globalisierung der Solidarität mit den Schwächeren und der Natur“, „Globalisierung von Gerechtigkeit“ oder „Globalisierung im Sinne der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“.

Für ein neues Denken in Alternativen muss die Zeit zurückgewonnen werden, um eine lebensdienliche, freiheitliche und sozial gerechte Kultur der Vielfalt in der einen Welt zulassen und fördern zu können.

Kirche kann und muss „Räume“ im Wortsinn und im übertragenen Sinn schaffen,

- in denen die genannten unterschiedlichen Gruppen sich begegnen und auseinandersetzen können
- wo eigene, festgezurte Identitäten und Interessen überprüft und entspannt werden können
- wo dem Entwickeln von lebensdienlichen Alternativen Raum gegeben wird, die aus der Begegnung miteinander und mit dem Evangelium erwachsen können.

Dabei können wir Visionen globalen Zusammenlebens als verantwortliche Weltgesellschaft teilen und entwickeln.

Wir können auf Erfahrungen alternativen Wirtschaftens in Stadt und Land in Modellprojekten zurückgreifen.

Wir müssen die unterschiedlichen Entwicklungspfade verschiedener Länder, Gesellschaften und Kulturen als real existierende Alternativen wahrnehmen.

Wir können Geschichten unseres Engagements und unserer Hoffnung teilen und uns gegenseitig stärken.

Es gilt, mehr Menschen zu gewinnen für die Mitwirkung an den unter 2) beschriebenen Aktivitäten.

Dazu ist hilfreich, Gemeinden, Gruppen und Einzelne zu ermutigen, sich in dem komplexen Themenfeld Globalisierung auf eine Herausforderung, eine Initiative zu konzentrieren. Die kirchlichen Fachstellen können dazu geeignete Informationen und Materialien auswählen und anbieten.

Eine wesentliche Aufgabe liegt in der Fortführung und Intensivierung der theologischen Reflexion im Blick auf Globalisierung.

Damit Wirtschaften dem Leben dient, sind auch politische Forderungen zu stellen:

Im Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung muss der Staat massiv investieren – in die Bildung, in öffentliche und soziale Dienste. Die Arbeitszeit muss verkürzt und nicht verlängert werden. Der Staat muss seine Einnahmen verbessern, damit er auch die neuen Herausforderungen gerade auch infolge der Verwerfungen durch die ökonomischen Modernisierungsprozesse angemessen reagieren kann. Zukunft hat die Arbeit für und mit den Menschen.

Die verteilungspolitische Debatte ist zu intensivieren und neu zu akzentuieren. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt sind als gesellschaftliche Leitbilder zu stärken. Reformen
Wir brauchen eine Reform des UN-Systems, von WTO, IWF und Weltbank.

Die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sollen gesteigert werden.

(vgl.: Zehn Bausteine für eine kirchliche Agenda, in: Studie „Reichtum und Armut“)

Mit wem sollten die Kirchen kooperieren zur Überwindung der neoliberalen Globalisierung?

Mit Vertreterinnen der global players, der weltweit agierenden Großunternehmen finden Diskussionen statt. Was mögliche Kooperationen betrifft, sind viele ökumenisch und sozialpolitisch Engagierte im Blick auf die Interessenlage sehr skeptisch. PolitikerInnen sind wichtige Gesprächs- und zum Teil auch KooperationspartnerInnen. Dabei nehmen wir wahr, dass die Gestaltungsspielräume regionaler und nationaler Politik begrenzt sind und ausgebaut werden müssen.

Ein wesentlicher Träger und Raum für eine Gestaltung der Globalisierung im Dienst des Lebens ist die ökumenische Bewegung mit den ökumenischen Partnerschaften, dem Entwicklungsdienst und ihren internationalen Organisationen, v.a. dem ÖRK. Deshalb gilt es, diese zu stärken.

Viele Menschen in und außerhalb der Kirchen setzen auf die sozialen Bewegungen, auf die Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), Basisgruppen und Bürgerinitiativen, die sich für andere einsetzen – für Menschenrechte, für die Schwachen, die so gen. Entwicklungsländer und die bedrohte Natur- und die auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene agieren: Brot für die Welt, Pro Asyl, Friedensgruppen, Greenpeace, der WWF und viele, viele andere. Sie erfüllen heute, wie viele Christen, eine wichtige Mahner- und Gestaltungsrolle. Es ist wichtig, dass es in unserer Kirche viel Unterstützung für sie gibt : erlassjahr.de, Eine-Welt-Läden und die Kampagne für fairen Handel, Oikocredit, Attac, Initiativen für eine ethische Kapitalanlage u.a. Dieses Engagement knüpft an den Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung an. Es ist zugleich der Einsatz für eine Globalisierung der Solidarität – mit den Benachteiligten, mit der Natur und mit den so genannten Entwicklungsländern.

Frankfurt/Main, Januar 2004

Dr. Johannes Bickel, Dr. Karl-Heinz Dejung, Detlev Knoche, Dr. Thomas Posern, Ulrike Schmidt-Hesse, Dr. Franz Segbers

**Prof. Dr. Franz Segbers, Lehrbeauftragter an der Universität Marburg,
Referent für Ethik beim Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in
Hessen und Nassau, Frankfurt/Main**

Die Kirchen und die Option für die Armen im Kontext des Neoliberalismus

I. Kirche im Neoliberalismus, Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur

1. Die Reform des Sozialstaates ist die Strukturanpassung an die Globalisierung

Das Volk hat gewählt. Und es hat die Wahl getroffen. Es wurde gefragt, ob es lieber die Merkel/Kirchhof/Westerwelle-Koalition oder die Schröder/Fischer-Koalition will. Mit dem schwächsten Ergebnis, das jemals die Volksparteien erzielt haben, wurden beide vorgelegten Politikalternativen abgewählt. In beeindruckender Weise haben die Wähler dem radikalen Programm des Neoliberalismus à la Merkel ebenso die Absage erteilt wie dem abgepufferten Programm von Rot-Grün. Die anschließende Irritation der „Volksparteien“ zeigt, wie weit sich die politische Klasse vom Lebensgefühl der Mehrheit der Bevölkerung entfernt hatte. Die Wahl hat gezeigt, dass die Wähler jene Parteien abgewählt haben, die den Neoliberalismus zum Programm erhoben haben. Kürzung von Arbeitslosengeld, Druck zur Aufnahme jeder beliebigen Arbeit, Kürzung von Sozialausgaben, abgesenkter Kündigungsschutz, Ein-Euro-Jobs, Ich AG und Mini-Jobs für einen Niedriglohnssektor – während gleichzeitig der Spitzensteuersatz gesenkt wird.

Die Politik behauptet: Es gibt keine Alternative. Politik kann nicht mehr gestalten, sondern kann allenfalls versuchen, im Rahmen der Globalisierung das Beste herauszuholen. Die Sachzwangpolitik wird zur einzig möglichen Politik. Die Agenda 2010 ist Teil des Projektes der Europäischen Union, bis zum Jahre 2010 Europa zur wettbewerbsstärksten Wirtschaftsregion im Rahmen der Globalisierung zu machen. Der IWF nennt die Agenda 2010 „ziemlich genau das, was wir vom IWF immer wieder gefordert haben.“ Die Agenda 2010 ist Teil einer weltweiten neoliberalen Offensive und das regierungsamtliche Programm der Strukturanpassung unseres Sozialstaates an die Globalisierung. Hartz IV heißt überall anders und ist in Europa übergleich gleich. Dieses sog. Reformprogramm ist Teil einer weltweiten neoliberalen Offensive und das regierungsamtliche Programm der Strukturanpassung unseres Sozialstaates an die Globalisierung. Hartz IV heißt überall anders und ist in Europa übergleich gleich.

2. Die Kirchen sagen Ja zu den Sozialreformen.

Durch die Reformen leben jetzt seit dem 1. Januar 2005 sechs Mio. Menschen auf dem Sozialhilfeniveau, das real unter dem von 2003 liegt. Hartz IV wird zu einer Kostenfalle. Konzipiert war es als ein Sparprogramm. Die Transferkosten für Arbeitslosen und Armen sollten gekürzt und gleichzeitig der Steuersatz gesenkt werden. Das Vorhaben war also die eingesparten Transfergelder, die man den Arbeitslosen entrissen hatte, unter den Wohlhabenden aufzuteilen. Doch statt eines Sparprogramms liefen die Kosten aus dem Ruder und es werden mehr als zwölf Milliarden Euro zusätzlich benötigt. Die Vermögenssituation der Menschen wurde falsch eingeschätzt. Arbeitslose sind ärmer als die politische Klasse dachte. Denn man wollte, dass die Arbeitslosen auf ihr Vermögen zurückgreifen, oder auf das Geld ihres Lebenspartners. Tatsache ist: Immer mehr Menschen verarmen und immer mehr bereichern sich.

Der frühere Ratsvorsitzende Manfred Koch findet es „ethisch gerechtfertigt“, in erster Linie die Einkommen der gering Verdienenden zu beschneiden. Kardinal Lehmann sekundierte und tat die Forderung nach einer Vermögenssteuer ab: „Von vielen wird im Moment Sozialneid geschürt. Mit alten Methoden nach dem Motto: Steuererhöhung! Vermögenssteuer höher! Erbschaftssteuer höher kann man die Probleme nicht lösen.“ Die Kirchen unterstützen die Regierungsagenda und

schweigen zu den noch radikaleren Vorschlägen der CDU/FDP-Opposition schweigen. Die katholischen Bischöfe behaupten, in Einklang mit der medial inszenierten Stimmungslage, dass „immer neue Forderungen und Wahlversprechen“ die sozialen Leistungen ausweiten. Kardinal Lehmann behauptet, dass „der Sozialstaat immer gefräßiger geworden“ sei. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache. Die Sozialleistungsquote sinkt. Das heißt, die Gesellschaft gibt von ihren ökonomischen Möglichkeiten immer weniger für sozialstaatliche Aufgaben aus.

Gegen eine solche Politik richtete sich massiver Widerstand. Auf dem Höhepunkt der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV im August 2004 unterstützte der EKD-Vorsitzende Wolfgang Huber die Regierungsagenda in einem SPIEGEL-Interview mit den Worten: „Natürlich stehen wir den Menschen zur Seite, die Sorgen um elementare Zukunftsfragen haben. Aber wir wollen ... gleichzeitig, dass unser Sozialstaat zukunftsfähig gemacht wird. Unsere Kirche sagt: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Mut zu Reformen. ... Ich weiß, dass Menschen, die aus einem relativ hohen Verdienst kommen, solche Einschnitte als sehr schmerzlich empfinden. Aber ich sage: Ein gewisser Abstieg wird unvermeidlich sein, wenn man eine solche steuerfinanzierte Leistung überhaupt haben will.... Auch wenn es für Menschen, die aus einem vorher besseren Lebensstandard kommen, nur schwer akzeptabel ist: Als Grundsicherung wird das zur Zeit ausreichen müssen.“

Wenn die Kirchen Ja zu den derzeitigen Sozialreformen sagen, dann sagen sie auch ja zum Umbau des Sozialstaates, welche die neoliberal dominierte Globalisierung national durchsetzt. In dem Maße, wie die Kirchenleitungen die Reformabsichten der ökonomischen und politischen Elite unterstützen, geraten sie in eine erhebliche Spannung zu den Christen an der kirchlichen Basis, die Leidtragende der Sozialreformen sind oder sich auf die Seite der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger, der Alten und Kranken gestellt haben. Faktisch nehmen die Kirche ihre Rolle als Politikberater wahr und nicht aus einer Option für die Armen als Verteidiger der Verlierer wahr. .

3. Die Kirchen müssen Teil einer sozialen Bewegung für Gerechtigkeit werden, wenn sie der Option für die Armen gerecht werden wollen. Das ist etwas anderes als das viel beschworene Ehrenamt, sondern eine emanzipatorische Bewegung.

Die anwaltschaftliche und profetische Rolle der Diakonie ist gefordert. Diese jedoch kann sie nur sachgerecht wahrnehmen, wenn ein neues Bewusstsein davon entsteht, dass die Diakonie sich als Teil einer sozialen Bewegung versteht. Das viel beschworene Ehrenamt ist politisch harmlos und wirtschaftlich einflusslos. Eine Zivilgesellschaft jedoch ist nur dann politisch wach und stark, wenn die Bürger ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen, in ihrem Tun auch die politische und gesellschaftliche Wirkung sehen und diese ernst nehmen. Zivilgesellschaft, die nicht den Staat entlastet und den Bürger sich selbst überlässt, sondern den Bürger ermächtigt hat mit Zivilcourage, Selbstbewusstsein und Autonomie zu tun. Ein solche Zivilgesellschaft ist ein Widerlager. Dieser Staat braucht das Gegengewicht der Zivilgesellschaft. Für eine demokratische Gesellschaft, die Ansprüche ans ich selber hat, geht das eine nicht ohne das andere.

Kaum registriert wurde die zivilgesellschaftliche Aufforderung des Sozialworts zu „wirkungsvolle(n) Allianzen der Solidarität“ (Ziff. 107) als Folge der „Option für die Armen“. Die Diakonie sollte sich zivilgesellschaftlich positionieren und mit andern Gruppen vernetzen. Sie muss Teil einer sozialen Bewegung werden, die für das Humanum und das Soziale in der Gesellschaft eintritt. Die Geschichte lehrt, dass es ohne solche sozialen Bewegungen keine durchsetzbare Sozialpolitik geben kann. Wie die Friedensbewegung für den Frieden eintritt, die Umweltbewegung für Schöpfungsgerechtigkeit, so habe ich den Traum von einer Diakonie, sich als Teil einer Sozialbewegung für mehr Gerechtigkeit versteht.

II. Kirche als einer der größten Arbeitgeber in Deutschland

4. Armutsorientierte Diakonie in einer Welt, in der alles zur Ware wird, ist keine Suppenküchen-Diakonie.

Der Reformprozess leitet eine nachhaltige Ökonomisierung auch der sozialen Dienste ein. Sie werden als soziale Dienstleistungen verstanden, die effektiv und kostengünstig zu erbringen sind. Die motivationale oder normative Begründung spielt eine immer geringere Rolle. Dadurch verändern sich auch die sozialen Dienste der Kirche. Der Kostenträger wählt die kostengünstigste Dienstleistung aus. Alte werden in Minutentakt gepflegt, soziale Arbeit wird nach Stundensätzen abgegolten, Leistungslöhne werden eingeführt. Soziale Dienste werden erstellt wie Autos produziert werden.

Die politisch eingeleitete und gewollte Ökonomisierung der Sozialmärkte löst die ehemals privilegierte Position der Wohlfahrtsverbände auf. Dass Wohlfahrtsverbände auf normativer Basis Dienstleistungen erbringen, interessiert den Staat kaum noch. Er ist vorrangig an eine kostengünstig erbrachte Dienstleistung interessiert. Zwei Antworten sind symptomatisch. Die eine plädiert für den Auszug, der andere für die Anpassung an die Rahmenbedingungen. Der Heidelberger Gesundheitsökonom Steffen Fleßa steht für den Auszug mit seiner programmatischen Forderung, dass die Diakonie ihre Sozialunternehmen verkaufen und mit dem Erlös eine armutsorientierte Diakonie aufbauen möge. Die diakonische Konferenz der EKD hat in ihrer Erklärung vom 14. Oktober 2004 die diakonische Arbeit vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Reformen dadurch bestimmt, dass sie kirchliche Diakonie vorrangig für die von Armut betroffenen Menschen zuständig sei. „Es ist die vordringliche Aufgabe der Diakonie, die Menschen im Blick zu haben, die auf Hilfe angewiesen sind.“ Dabei hat sich die Konferenz zu einer parteilichen Option für die Armen bekannt, doch bedarf dieses Bekenntnis einer Klärung, wie die große Aufmerksamkeit zeigt, die der Heidelberger Gesundheitsökonom Steffen Fleßa mit seinem Buch „Arme habt ihr allezeit. Ein Plädoyer für eine armutsorientierte Diakonie“ (Göttingen 2003) erfährt.

Diakonie möge sich auf die Armen konzentrieren, um die sich weder die privatwirtschaftlichen Unternehmen noch der Staat kümmern. Diese große Eindeutigkeit ist nicht wenigen sympathisch, schlägt doch Fleßa eine klare Arbeitsteilung zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen und staatlichen Einrichtungen einerseits und den diakonischen Einrichtungen andererseits vor. Die Diakonie möge sich auf die Suche nach Nischen machen, in denen es wegen mangelnder Profiterwartungen keine kommerziellen Konkurrenten gibt. Da die Armen aus theologischen Gründen eindeutig die Zielgruppe der Diakonie sei, müsse Diakonie ihre Einrichtungen verkaufen. Sie könne dies sogar mit Gewinn tun, da die kommerziellen Sozialunternehmen Interesse an Übernahmen hätten. Die Maxime lautet: „Wer Geld hat, ist hier nicht hilflos ... und benötigt auch keine Hilfe christlicher Einrichtungen.“ Einer armutsorientierten Diakonie bleibt nur das Eine: „*Diakonische Sozialleistungsunternehmen müssen sich bewusst der Armutshilfe zuwenden. Sie wird das ausschließliche Betätigungsfeld der Diakonie, denn eine rein kommerzielle Diakonie widerspricht auch dann dem christlichen Wertesystem, wenn sie konkurrenzfähig ist.*“ Wenn sich diakonische Unternehmen auf Konkurrenzmärkten begeben, dann würden sie zu Unternehmen, die unter dem Effizienzziel sich schlussendlich nicht mehr von der kommerziellen Konkurrenz unterscheiden würden.

Fleßas Vorschlag komplettiert den derzeitigen Umbau des Sozialstaates. Denn er entlässt den Staat aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und reduziert sozialpolitisches Handeln auf die nur „wirklich Bedürftigen“, für die dann die Diakonie zuständig sei. Zugleich entlässt Fleßa aber auch die Diakonie aus ihrer ordnungspolitischen Verantwortung. Er argumentiert legitimatorisch mit dem jesuanischen Wort „Arme habt ihr allezeit unter euch“ (Mt 26, 11), das er als eine Zustandsbeschreibung dafür versteht, die Spaltung zwischen Arm und Reich hinzunehmen. Jesu Wort jedoch ist Teil der Tora und ist von der Utopie einer Gesellschaft ohne Armut gespeist. Diese

Utopie findet ihren Ausdruck in der programmatischen Formel: „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein“ (Dtn 15,4).

Fleßa weist der Diakonie mit der Ausrichtung auf die „wirklich Bedürftigen“ einem Sonderbereich zu und entlastet dadurch den Staat von einer armutsverhindernden Sozialpolitik. Er entlässt den Staat aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Armen und weist die Diakonie in die vom Staat hinterlassene Lücke einer Armenfürsorge ein.

Von einer dergestalt armutsorientierten Diakonie zu sprechen und den Rückzug der Diakonie aus den Einrichtungen und Werken zu fordern, ist angesichts des Rückzugs eines neoliberalen Staates höchst problematisch, der auf Sozialmärkten längst nicht mehr die angemessene Versorgung aller gewährleisten kann und will.

Es handelt sich keineswegs nur um einen nur äußerlichen Vorgang, denn das auf Wettbewerb, Rentabilität und Einkommen bezogene Kalkül führt dazu, das Handeln immer mehr von dem verantwortlich Handelnden zu entziehen und einer Institution zu mit deren marktspezifischen Anreiz- und Sanktionssystemen zu überantworten.

Die eigentliche Herausforderung besteht darin: Kann die Diakonie den Werten, denen sie überhaupt ihr Entstehen verdankt, auch unter Marktbedingungen treu bleiben? Gelingt es Strukturen und Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden und eine diakonische Unternehmenskultur zu schaffen, die den ökonomischen Druck nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Klienten ablädt, sondern Leitbilder und Steuerungsinstrumente zu entwickeln und zu implementiert, die es ermöglichen, die in Leitbildern festgehaltenen diakonischen Prinzipien und Überzeugungen auf eine Handlungsebene für alle Beteiligten erlebbar zu übertragen? Wie sieht die ethische Organisations- und Unternehmensentwicklung aus, die sich diakonisch-ethisch ausrichtet? Oder wird nur eine bloße Anpassung an den Markt vollzogen, die dem üblichen *mainstream*-Denken entspricht: Outsourcing, Lohnspreizung, Leistungslöhne? Dabei ist zu bedenken, dass es allemal um mehr geht, als nur darum auf dem Markt zu bestehen oder Marktanteile zu sichern. Doch für genau diese wirtschaftsethisch und diakonisch hoch aktuellen Aufgaben bietet Fleßas Vorschlag keine hilfreiche Orientierung.

Eine Strategie der Anpassung bietet Johannes Degen an, Direktor der Evangelischen Stiftung Hephata und Professor in Bethel. Er plädiert in seiner Antrittsvorlesung in Bethel, der größten Diakonischen Einrichtung in Europa, für eine radikale Anpassung, kritisiert den „autoritären“ Sozialstaat, der die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Bürger einschränke, zu wenig den verhängnisvollen Trend verhindere, dass aus selbständigen Menschen eher bereute Menschen werden. Deshalb fordert er: „Wir brauchen eine Entwicklung, die wegführt vom klassischen Sozialstaat hin zu einer Sozialgesellschaft, in der Selbstsorge und Solidarität eine neue Verbindung eingehen.“ Er erklärt die Orientierung an der Eigeninitiative, der Selbstsorge und der Mächtigkeit der Einzelnen als etwas, das ganz nah an dem sei, was den Menschen in christlicher Hinsicht auszeichne. Diakonie bekommt angesichts der Krise der sozialen Sicherungssysteme und der damit verbundenen Probleme der Finanzierung sozialer und medizinischer Dienstleistungen eine neue Ausrichtung. „Dienen meint hier: Assistenz auf dem Weg zu mehr und vertiefter Selbstsorge“ Degen fordert also eine Neuausrichtung diakonischer Dienste mit dem Ziel, die Selbstsorge des Menschen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen.

Degen nimmt die Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Finanzierungskrise des Sozialen als gegeben hin. Deshalb kommt auch nicht in den Blick, dass der Staat mit dem Verweis auf die Eigenverantwortung sein Versagen verdeckt, für alle Bürgerinnen und Bürger eine verlässliche und angemessene Versorgung sicher zu stellen. Das gilt auch für die gesellschaftlich vermittelte Solidarität von sozialen Sicherungssystemen und der Finanzierung sozialer Dienste. Die aus der

Emanzipationsbewegung entstandene Forderung der Hilfe zur Selbsthilfe, der Ermächtigung und des Empowerments wird seines Kontextes entkleidet und theologisch übersetzt als Eigenverantwortung. Argumente für mehr Autonomie und Selbstbestimmung bislang benachteiligter Gruppen verdreht Degen im neoliberalen Sinn um. Dabei übersieht er jedoch, dass die Eigenverantwortung ihren Sinn nicht in sich selbst hat, sondern darin, Solidarität zu ermöglichen und zu stärken. „Wer nicht primär für sich lebt, sondern für andere, für die Gemeinschaft, der sorgt auch am besten für sich selbst.“(W. Huber)

5. Das anspruchsvolle Programm des Sozialwortes ist ein Gegenprogramm zu einer „Marktwirtschaft pur“.

Im Sozialwort 1997 haben die Kirchen ein sozialpolitisch anspruchsvolles und ethisch reflektiertes Konzept vorgelegt, wie sie sich selber in Pflicht nehmen wollen. Das Wort war ein Glücksfall und in seiner Kritik an einer „Marktwirtschaft pur“ ein klares Signal. Werden die Kirchen jetzt, wo sie als Arbeitgeber selber gefragt sind, ihre eigenen Dokumente und ethischen Einsichten befragen?

Im Sozialwort heißt es: „(172) Der Grundgedanke vom Teilen der Erwerbsarbeit war den Kirchen in der Diskussion um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stets wichtig. Sie haben nie behauptet, daß sich Arbeitslosigkeit allein oder vorrangig durch das Teilen von Erwerbsarbeit überwinden lassen.“ Tatsache ist: Die Kirchen praktizieren entgegen ihren Einsichten und Empfehlungen eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Im Sozialwort hatten die Kirchen versprochen, bei ökonomischen Schwierigkeiten und wenn „einschneidenden Sparmaßnahmen unausweichlich sind, dem Teilen von Arbeit der Vorrang zu geben und oben zu kürzen.“ (245).

6. Die Kirchen haben bislang durch die Übernahme von Tarifverträgen verhindert, dass über Arbeitsbedingungen ein Wettbewerb erfolgt. Jetzt ahmen sie Tarifverhandlungen nach. Die Option für die Armen stellt nicht nur eine theologischer Grundorientierung für das Handeln dar, sondern muß auch zu einer Leitlinie werden, die für die Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen zum Maßstab wird.

Während im Öffentlichen Dienst gegen Lohnsenkung und Arbeitszeitverkürzung gestreikt wird, haben die Kirchen sich von einem einheitlichen Lohnsystem abgekoppelt. Der BAT war Garant dafür, dass im Öffentlichen Dienst über Löhne und Arbeitsbedingungen kein Wettbewerb ausgetragen wird. Wer aus Tarifverträgen aussteigt, der eröffnet einen Wettbewerb über Arbeitsbedingungen. Auch diakonische Arbeitsverhältnisse predigen.

Das Bundesarbeitsgericht geht in ständiger Rechtsprechung davon aus, dass allein Tarifverträge eine Gewähr für einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bieten, da sie von gleichberechtigten und unabhängigen Partnern auf Grund von Verhandlungen geschlossen werden. Das Bundesarbeitsgericht hat wiederholt festgestellt, dass Verhandlungsergebnisse innerhalb der Kirchen nicht das Attribut „richtig“ oder „gerecht“ verdienen, da sie nicht mit paritätisch ausgehandelten Tarifverträgen vergleichbar sind oder keinen Bezug mehr zu ihnen haben.

Die Kirchen haben ihren Beschäftigten im gemeinsamen Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) einen gerechten Lohn versprochen (Ziffer 245). Dieses Versprechen können sie ohne Tarifverträge prinzipiell nicht einlösen. Ein neues Tarifrecht jedoch, das den Besonderheiten des kirchlichen Dienstes und insbesondere von diakonischen Einrichtungen besser Rechnung tragen will als der BAT, lässt sich auf dem »Dritten Weg« unter Ausschaltung von auch wirklich paritätischen Verhandlungen nicht erreichen.

Die Schwäche wurde offenkundig. Während die Gewerkschaften in Streiks verhindern konnten, dass es zu einer generellen Arbeitszeitverlängerung gekommen ist, haben die kirchlichen Vereinbarungen die 40-Stunde-Woche durchgesetzt. In Tarifverträgen wurden zudem fortschrittliche

Vereinbarungen getroffen, die auf alterbedingte Umstände Rücksicht nehmen. Durch die Abkopplung von paritätisch ausgehandelten Tarifverträgen haben kirchliche Arbeitnehmern nicht mehr Teil an den solidarisch durchgesetzten Arbeitsbedingungen, sondern sind gegenüber ihren Kollegen im Öffentlichen Dienst offenkundig nicht nur benachteiligt. Sie üben zudem einen Wettbewerbsdruck auf die Betriebe aus, die bessere Arbeitsbedingungen haben.

CDU und FDP wollen in sog. „Betrieblichen Bündnissen“ Tarifverträge dadurch aushebeln, dass auf Betriebsebene Arbeitsverhältnisse ausgehandelt werden. Politisch war dieses Konzept nicht durchsetzbar. In den Kirchen ist es jedoch faktisch umgesetzt worden, wenn auf Betriebseben und unter Betriebsparteien die Arbeitsbedingungen ausgehandelt und erhebliche Abweichung von Tarifverträgen durchgesetzt werden. Diese Vorgehen wirft schwerwiegende Fragen nach der strukturellen Gerechtigkeit auf.

7. Steuergerechtigkeit: Wenn die Kirchen nicht zusehen wollen, wie die Finanzierungsgrundlagen ihrer sozialen Arbeit mehr und mehr entzogen werden, dürfen sie die Verteilungsfrage nicht nur im Zusammenhang mit dem Thema „private Armut“ stellen, sondern vielmehr auch im Zusammenhang mit dem Thema „öffentliche Armut“.

Die Kirchen sind in Finanznot geraten. Personal wird eingespart und ganze Arbeitsbereiche werden aufgegeben. Kindergärten und Bildungshäuser stehen vor der Schließung. Die Ursachen der kirchlichen Finanzkrise liegen nicht nur im Mitgliederschwund, nicht in der mangelnden Bereitschaft Kirchensteuern zu zahlen. Es ist vor allem die neoliberale Steuersenkungspolitik und die neoliberale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der letzten Jahre, die wesentlich zur Minderung des Kirchensteueraufkommens beigetragen hat. Da die Kirchensteuern in direkter Abhängigkeit von der Lohn- bzw. Einkommenssteuer stehen, hat jede Änderung der Lohn- und Einkommensteuersätze durch den Gesetzgeber unmittelbare Auswirkung auf das Kirchensteueraufkommen. Zugute kommt sie vor allem den Beziehenden hoher Einkommen: Die zum 01. Januar 2005 in Kraft getretene Steuerreform entlastet die hohen Einkommen um ca. 3,2 Milliarden Euro jährlich. Das gilt analog auch für die Kirchensteuer.

Verschärft wird diese Einnahmekrise der Kirchen durch die finanzielle Entwicklung der Sozialkassen und der öffentlichen Hand. Kirchen und diakonisch-caritative Einrichtungen erhalten für das Angebot und die Durchführung sozialer, gesundheitlicher, pflegerischer, kultureller und Bildungsdienstleistungen in erheblichem Umfang Finanzmittel der öffentlichen Hand bzw. der Sozialkassen. Da die Kirchen selbst mit Kirchensteuereinnahmerückgängen zu tun haben, können sie die Einnahmerückgänge seitens der öffentlichen Hand und der Sozialkassen nicht aus ihren eigenen Einnahmen kompensieren.

Die Parteien verfolgen mit ihrer Steuersenkungspolitik eine Politik der knappen Kassen, um anschließend mit knappen Kassen, einen Grund zu haben, den Sozialstaat zu kürzen. Die Steuersenkungspolitik ist also ein Hebel gegen den Sozialstaat. Sie erzeugt einen Sachzwang, denn wenn die Kassen leer sind, lässt sich gut begründen, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei.

Die Vorschläge des Steuerexperten im Kompenzteam der CDU, Paul Kirchhof, treiben diese fatale Entwicklung auf die Spitze. Die von Kirchhof in die Diskussion gebrachte Einheitssteuer in der Höhe von 25% bedeutet eine weitere radikale Senkung der Steuereinnahmen. Die Finanzministerkonferenz, der auch CDU und CSU-Mnister angehören, hatte im Jahr 2004 den Steuerausfall der öffentlichen Haushalte durch das Steuerkonzept von Kirchhoff für das Umstellungsjahr auf eine Höhe von 42,9 Mrd. Euro und in den Folgejahren auf 31,6 und 21,2 Mrd. Euro beziffert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin kommt zu dem Ergebnis, dass die Reformvorschläge von CDU/CSU, SPD und FDP wie auch die von Kirchhoff allesamt zu erheblichen Mindereinnahmen des Staates führen, die seine finanzielle

Handlungsfähigkeit zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben noch weiter drastisch vermindert. Ausgehend von den Steuereinnahmen, die auf der geltenden Rechtsgrundlage zu erwarten sind, würde Kirchhofs Vorschlag nach Berechnungen des DIW im Jahr 2005 zu Mindereinnahmen an Einkommenssteuern in der Höhe von 26 Milliarden Euro führen. Argumentiert wird, dass dann, wenn alle weniger Steuern zahlten, sich insgesamt das Steueraufkommen erhöhen würde. Das ist nach der DIW-Studie keineswegs der Fall. Folglich müssten diese 26 Milliarden Euro in erheblichem Umfang an anderen Stellen im Haushalt durch Ausgabenkürzungen eingespart werden – also auch im Bereich des Sozialen.

Die Kirchen sollten diesen Sachverhalt zum Anlass nehmen, sich intensiv und offensiv mit dem Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und ihrer eigenen ökonomischen Situation auseinander zu setzen. Dabei geht es nicht primär um ein Eigeninteresse der Kirchen, sondern es geht insgesamt um die verheerenden Folgen neoliberaler Politik für die Sozialkultur in diesem Lande. Im Sozialwort der Kirchen (1997) heißt es, dass „soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur bei den Ausgaben und Leistungen, sondern bereits auch bei der Aufbringung der Mittel gewahrt bleiben“ müssen. Steuern müssen also die Erfüllung der Aufgaben des Staates ermöglichen. Eine Politik, die dem Staat jene Mittel entzieht, die er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben braucht, ist ungerecht. Kirchen dürfen nicht weiter zu der zentralen Frage der Steuergerechtigkeit schweigen, wenn sie Anwältinnen der sozialen Gerechtigkeit sein wollen, denn die Steuerpolitik entscheidet über die Lebenslage der Menschen entschieden.

Mitten in einem reichen Land reicht das Geld nicht für Kindergärten oder um alte Menschen in Krankenhäusern würdig zu pflegen. Beratungsstellen müssen geschlossen werden. In unserem Sozialsystem nehmen die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände soziale Aufgaben wahr und erhalten dafür vom Staat finanzielle Mittel – letztlich über die Steuern von den Bürgern. Das Geld, das den öffentlichen und kirchlichen Händen fehlt, fehlt nicht den Beratungsstellen der Kirchen, sondern letztlich den Bürgerinnen und Bürgern. Ihnen werden soziale Rechte entzogen. Im Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern findet eine „Enteignung“ statt, da es sich bei diesen Leistungen um kollektive Güter handelt, die die Bürger selber durch Steuern finanzieren.

Schließlich sind Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände eine der großen Arbeitgeber in diesem Land. Wenn es überhaupt zu Beschäftigungszuwächsen kommt, dann im personennahen Dienstleistungsbereich des Helfens, Pflegens, Beratens und Unterstützens von Menschen. Kürzungen im Sozialbereich haben auch direkte arbeitsmarktpolitische Auswirkungen.

Es steht also mehr auf dem Spiel als finanziellen Eigeninteressen der Kirchen, nämlich der Sozialstaat selber. In der Finanznot sind die Kirchen Opfer eines inszenierten Steuerwettbewerbs, der die öffentlichen Hände arm gemacht hat und jetzt die Kirchen in Finanznot bringt.

**Prof. Dr. René Krüger, Pfarrer der Evangelischen Kirche am La Plata,
Professor für Neues Testament am ISEDET und Rektor dieser staatlich
anerkannten Privatuniversität in Buenos Aires/Argentinien**

Die Kirchen und die Option für die Armen im Kontext des Neoliberalismus

Alle Kirchen der Welt und demzufolge auch sämtliche Theologien entwickeln sich immer in einem ganz bestimmten Kontext. Der Einfluss der Koordinaten dieses Kontextes ist immer in Betracht zu ziehen, wenn das Leben und die Arbeit der Kirchen untersucht werden sollen; und ebenso ist er zu berücksichtigen, wenn die entsprechenden Theologien dargestellt werden sollen.

Die Koordinaten, in denen die Kirchen in Lateinamerika leben und ihr Zeugnis ausrichten und auf die auch die theologische Ausbildung einzugehen hat, wenn sie wirklich Theologie – Lehre vom Mensch gewordenen Gott – sein will und nicht nur abstrakte Wissenschaft von Texten und ein paar Sonderlehren, bestehen aus den negativen Auswirkungen des globalisierten Neoliberalismus, wirtschaftlichem Chaos, Gewalt, politischer Unfähigkeit, Korruption, weltweiter Ungerechtigkeit, Feminisierung der Armut und der Ausbeutung, imperialer Krieg zur wirtschaftlichen Ausbeutung anderer Länder, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, Depression, Notwendigkeit von solidarischen Schutzräumen, intensiver Suche nach Alternativen.

Die Aufgabe der Kirche ist die Verkündigung des Kommens und der Herrschaft Jesu Christi zum Heil der Menschen, der Ruf zum Glauben an ihn und in die Nachfolge in einer lebendigen Gemeinschaft. Es gehört zum Wesen dieses Auftrags, das verkündigte und im Glauben erfasste Heil in einem neuen Leben Gestalt werden zu lassen, zu dem auch der Aufbau von solidarischer Gemeinschaftsstrukturen gehört. Und dies ist der Schnittpunkt zwischen der Mission der Kirche, der Theologie und dem konkreten Leben der Menschen.

Dieses Leben ist schwer durch den Neoliberalismus geschädigt worden. Viele Millionen menschen sterben an seinen Folgen – jedes Jahr mindestens dreißig Millionen. Auch die Erde stirbt, Bäume, Tier- und Pflanzenarten, die Luft und das Wasser.

Die Grundstruktur des globalisierten Neoliberalismus besteht in der Verabsolutierung des Marktes, was er durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung und der damit verbundenen Zurückdrängung der staatlichen Regulierung der Wirtschaft durchsetzt.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verheissungen, mit denen das neoliberale System eingeführt wurde, haben sich als vollkommen unrichtig und im Nachhinein als unredlich und betrügerisch entpuppt, und zwar nicht nur wegen der nicht eingelösten Versprechen baldigen Wohlstands für alle, sondern weil das System von der falschen Behauptung der Nichteinmischung des Staates in Sachen Marktkontrolle ausging. Und zwar ist dies falsch, weil die Wirtschaft der reichen Nationen des Nordens nicht durch die heute den armen Ländern auferlegten neoliberalen Massnahmen gewachsen ist, sondern diese Länder sehr wohl ihre Wirtschaft durch Zuwendungen, Einfuhrbestimmungen und Kontrollmechanismen geschützt haben und weiter schützen; weil zweitens im Süden die Mächtigen der Wirtschaft und der Finanzspekulation sehr wohl staatliche Organe benutzen, um ihr Geld zu machen, und dies auch mit einer nicht zu übertreffenden Korruption leisten; weil drittens die unkontrollierten Geldflüsse viele nationalen Wirtschaften ruinieren und keineswegs das Wachstum fördern; und weil viertens der imperiale Staat seine Ziele mit Gewalt durchsetzt und damit das Postulat der Marktfreiheit ins Absurde führt. Anstatt die Armut zu reduzieren, ist das heutige Weltwirtschaftssystem gerade der Faktor, der diese Geißel der Menschheit am stärksten ausbreitet und vertieft, da die Formel des total freien Marktes die transnationale und politisch starke Reichtumsaristokratie ständig bereichert und gleichzeitig die Massen der Armen vergrößert.

Die Spaltung der Weltbevölkerung in Arm und Reich wird auf einen Blick erkennbar an der unvorstellbarsten Zahl, die es gibt: Die 200 reichsten Menschen der Welt haben ein Gesamtvermögen von 1 Billionen US\$, genau so viel wie die ärmsten 47% der Weltbevölkerung, die mit unter 2 US\$ pro Tag auskommen müssen. 2 US\$, das ist weniger als der Betrag von 2 Euro, mit dem jede europäische Kuh subventioniert wird!

Im Neoliberalismus versuchen die Kapitaleigentümer mit allen Mitteln, die Mehrheit der Menschheit zu enteignen sowie die Erde und alle Elemente des Lebens der Logik der Kapitalakkumulation um jeden Preis zu unterwerfen. Diese Kapitalakkumulation nennt die Bibel *Mammon*. *Mammon* ist die letzte biblische Zuspitzung, um auszusagen, dass einige Wenige mehr als die grosse Mehrheit hamstern. Dafür stehen mehrere Sündenmuster bereit: sinnlose Anhäufung von Gütern, absolutes Privateigentum, hohe Zinsen, finanzielle Spekulation, mit Schmarotzertum verbundener Großgrundbesitz, systemischer Raub des Eigentums an Boden und hohe Zinsnehmung. Damit entartet die Wirtschaft zu einem totalitären System zum Nutzen von immer weniger

Menschen, während die Mehrheit und die Natur schutzlos der Zerstörung ausgeliefert sind. Dieser globalisierte Schaden zeigt auf, dass das System an sich pervers ist und deshalb von uns nur verworfen werden kann.

Die von Spezialisten und Spezialistinnen der Ökonomie, Politik und anderen Fachbereichen ausgearbeiteten Alternativen werden nicht beachtet oder umgesetzt. Die politischen Institutionen werden von den wirtschaftlichen und finanziellen Akteuren und ihren Helfershelfern erpresst oder kooptiert, korrumpiert. Jedenfalls vertreten sie bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht die Interessen der Mehrheit ihrer Bevölkerungen, sondern setzen die Interessen insbesondere der großen Kapitaleigentümer mit Rechts- und Sicherheitsapparaten durch.

Die Kirchen des Südens verstehen die Realität der Verarmung und Verelendung, mit der sie auf dem ganzen Kontinent konfrontiert werden, ausdrücklich als ein theologisches Problem, das sie um der Integrität ihres Glaubens willen auf eine klare Stellungnahme gegen das bestehende Weltwirtschaftssystem und für ein Eintreten für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit verpflichtet.

Hingegen ist in einem Großteil der europäischen kirchlichen Landschaft eine Weigerung zu beobachten, die systematische Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen. Erstens sagt man „Wir haben eine soziale Marktwirtschaft“ – obwohl sie jeden Tag mehr abgebaut wird. Sodann hilft man sich und sagt: „Ja, aber die soziale Marktwirtschaft hat gezeigt, dass sie möglich ist. Wir müssen sie nur jetzt auf globale Ebene übertragen“. Diese Aussage zeigt, dass auch die Erfahrung der an sich relativ positiv zu beurteilenden sozial regulierten Marktwirtschaft illusionäres Bewußtsein produzieren kann, mit dem die Wirklichkeit verschleiert wird. Politisch-soziale Regulierung der Wirtschaft stellt immer die Frage nach der Gegenmacht, die diese Regulierung durchsetzen kann. Wer diese Frage nicht beantwortet, argumentiert idealistisch und verschleiert das eigentliche Problem. Manche Vertreter dieser Meinung gehen sogar so weit zu sagen, man könne nach den Erfahrungen der sozialen Marktwirtschaft annehmen, dass der Neoliberalismus sozial reguliert werden könne. Dies aber ist ein Widerspruch in sich selbst. Denn das Wesen des Neoliberalismus ist gerade, jede soziale Regulierung des Marktes abzulehnen. Neoliberaler Kapitalismus und soziale Marktwirtschaft sind zwei grundsätzlich verschiedene Paradigmen.

Die Kirchen sollten zunächst auch einsehen und zugeben, dass sie in ganz wichtigen Punkten gegenüber der sozialen Frage im Kapitalismus der klassisch-liberalen Phase (19. Jahrhundert bis 1929) tiefgreifend und mit schwerwiegenden Folgen versagt haben. Sie standen nicht klar an der Seite der Verlierer der industriellen Revolution. Sie haben die sozialen und psychischen Schreie der Opfer nicht genügend gehört. Folglich haben sie die Arbeiterschaft seither weitgehend verloren. In den westlichen Ländern des Nordens wurden sie bürgerliche und kleinbürgerliche Kirche.

Ein Wandel in der evangelischen Antwort auf die Herausforderung der Verarmung großer Bevölkerungsgruppen im Kapitalismus im Sinn einer Perspektive „von unten“ brachte erst die *ökumenische Bewegung* des 20. Jahrhunderts. Sie führte zu verschiedenen befreiungstheologischen Ansätzen und zu dem Streit um die Frage, ob die systemischen Verarmungsmechanismen im globalisierten Kapitalismus die Kirchen in ihrer Verkündigung, ihrer Gestalt und ihren Handlungen als Wirtschaftssubjekte sowie in ihrer politischen Existenz zu eindeutigen Entscheidungen verpflichtet. Diese Frage bestimmt gegenwärtig die ökumenische Diskussion.

Das Ergebnis des daraus entstehenden ökumenischen Prozesses ist *auf der internationalen Ebene* eindeutig. Der Lutherische Weltbund (LWB) auf seiner Vollversammlung in Winnipeg 2003, der Reformierte Weltbund (RWB) auf seiner Generalversammlung in Accra 2004 und der Ökumenische Rat der Kirche (ÖRK) im Vorbereitungsdokument für seine Vollversammlung in Porto Alegre 2006 verwerfen die neoliberale imperial-kapitalistische Weltordnung und stellen sich auf die Seite der Verarmten und Ausgeschlossenen.

Aus dieser Perspektive können wir auch die offiziellen Stellungnahmen der EKD seit Beginn der 1990er Jahre zum Themenbereich Wirtschaft betrachten. 1991 erschien die so genannte *Wirtschaftsdenkschrift* „Gemeinwohl und Eigennutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“. Analysiert man diesen Text, so wird sein Ansatz bei Adam Smith, dem Vater des Liberalismus, deutlich. Die eindeutigen Weisungen der Bibel zum Thema Wirtschaft wird nicht genügend berücksichtigt. Außerdem wird die Wirklichkeit schöneredet und der Eindruck erweckt, Deutschland hätte noch eine soziale Marktwirtschaft, obwohl deren soziale Elemente seit 1982 Schritt für Schritt abgebaut wurden. 1997 gab die EKD zusammen mit der Katholischen Bischofskonferenz ein *Gemeinsames Wort* zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland heraus. Es enthielt dank der vielen Eingaben zum ersten Entwurf einige kritische und konstruktive Elemente, insbesondere die Betonung der Solidarität als wesentlicher gesellschaftlicher Kategorie, wengleich auch hier die biblisch-theologische Basis nicht besonders stark ausgebaut war und der globale Kontext fehlte. Als es dann um die konkrete Fortsetzung des neoliberalen Sozialabbaus, etwa in der Steuer- und Rentenreform, hörte man aus den Kirchen keine eindeutigen Stimmen, die die Erkenntnisse des Gemeinsamen Wortes politisch eingefordert hätten.

Nimmt man schließlich die EKD-Synode im November 2001 zum Thema „*Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten*“ hinzu, so stößt man in der so genannten „Kundgebung“ u.a. auf Paragraphen, die den Transnationalen Konzernen (TNCs), dem IWF und der Weltbank ausdrücklich versichern, sie seien für die Kirchen keine „Widersacher“, sondern Dialogpartner.³ Dies ist eine Distanzierung vom ÖRK und den sozialen Bewegungen, die diese Einrichtungen wegen ihrer systemisch unsozialen, unökologischen und undemokratischen Strukturen und Handlungen grundlegend kritisieren.

Bei vielen Kirchen des Nordens scheint das Hauptproblem hier immer noch die Fehleinschätzung des globalisierten Neoliberalismus und die Überschätzung – von Seiten der Kirchen – der „Taktierungsmöglichkeiten“ zu sein. Die Situation in den westeuropäischen Kirchen ist freilich nicht einheitlich. Ich möchte hervorheben, dass es auch sehr wichtige Stellungnahmen zum ökumenischen Prozess zur neoliberalen Globalisierung gibt, die vom RWB, ÖRK und LWB ausdrücklich angefordert wurden. Als Beispiel gelten verschiedene Stellungnahmen aus den Kirchen in Westfalen und Bern-Jura-Solothurn. Dass diese und andere Kirchen eine klare Sprache reden und gemeinsam mit dem Süden alternative Schritte versuchen, macht Hoffnung und Freude.

Auf diesem Hintergrund muss ich mich fragen, wovor viele westeuropäische Kirchen eigentlich Angst haben.

1. Haben sie Angst davor, Konflikte mit Reichen und Mächtigen hervorzurufen, weil sie ihre Privilegien nicht verlieren wollen?
2. Haben sie Angst davor, zuzugestehen, dass alle – wenn auch in unterschiedlichem Maß – von der neoliberalen Wirtschaftspolitik negativ betroffen sind und dass sie deshalb auch gemeinsam mit dem Süden, der besonders betroffen ist, ein klares Nein dazu sprechen und entsprechend handeln müssten?
3. Haben sie Angst davor, die dahinter stehende Ideologie zu verurteilen, die offenbar fast die gesamte Gesellschaft beherrscht, und vor allem durch die Verdummungsmaschinerie der Medien eingepaukt wird?
4. Haben sie Angst davor, diese Ideologie als „Götzendienst“ zu erkennen, was hieße, dass sie gerade als Kirchen Verantwortung übernehmen müssten, ohne diese an die so genannten Wirtschaftsfachleute abschieben zu können?

³ Vgl. epd Dokumentation Nr. 49 vom 30.11.2001, S. 46.

5. Haben sie Angst, den Götzen bei Namen zu nennen: Privateigentum – nicht im Sinn von Gebrauchseigentum, sondern den in den Markt eingebrachten, in Geld gemessenen Tauschwert des Eigentums, das Kapital?
6. Haben sie Angst, das Imperium als Machtblock mit seinen brutalen Methoden zu benennen?

Ich kann jedoch nicht glauben, dass die Kirchen Angst davor haben, die theologischen Quellen ihrer eigenen Tradition als Orientierungshilfe zu befragen: die Bibel und die Reformatoren, deren Hauptanliegen es war, mit der befreienden Botschaft der Bibel die kirchliche Manipulation Gottes und der Gläubigen zu bekämpfen.

So wie ich Sie kennengelernt habe, kann ich mir auch nicht vorstellen, dass Sie in Deutschland und in Westeuropa diese Angstblockade mitmachen und so die Solidarität mit dem Süden und den Verliererinnen und Verlierern in Ihrem eigenen Land aufkündigen.

Oft haben die Kirchen versucht, im Dialog mit den Gewinnern der Geschichte in bester Absicht etwas Erleichterung für die Verlierer zu erreichen. (Dass manchmal auch die Suche nach eigenen Vorteilen für die Kirchen im Blick waren, ist aus der Kirchengeschichte klar ersichtlich – von der unheilvollen Verbindung von Kreuz und Schwert können vor allem die indigenen Völker Lateinamerikas viele traurige Lieder singen). Die Verlierer im neoliberalen Globalisierungsprozess sind heute jedoch nicht einfach ein paar Untaugliche, die eben unter die Räder gekommen sind, sondern eine wachsende Mehrheit der Menschheit, die in Westeuropa zwar noch eine Minderheit darstellt, aber auch da im Wachsen ist. Der Dialog hat deshalb an erster Stelle von dieser ständig wachsenden Mehrheit von Schwachen, Verarmten und Ausgegrenzten auszugehen, um von ihr zu lernen, sich mit ihr zu solidarisieren und ihr zu dienen.

Ich stelle mir vor, dass dies in einem **Dreierschritt der Gemeinden und Kirchen geschehen kann: Bewusstsein der Zusammenhänge, Erkenntnis und Mut zum prophetischen Amt, Einmischung des „Kirchenvolks“**

1. Die Notwendigkeit des **Bewusstseins** der weltweiten Zusammenhänge des Problems. Im Klartext: Die unterschiedliche Bewertung der neoliberalen Globalisierung hat ideologisch natürlich mit der eigenen Absicherung im Norden zu tun, während im Süden die Betroffenheit der Menschen den Blick sozioökonomisch von unten ausgehen lassen. Die herkömmlichen Klischees wie Unterentwicklung, Rückständigkeit, politische Unmündigkeit, Primitivität, Faulheit, Korruption sind einfach unzulänglich, um die Komplexität des Problems zu begreifen, geschweige denn zu lösen. Statt dessen muss die Problematik aus der Geschichte heraus verstanden werden, und da tauchen ganz andere Tatsachen auf: Ausplünderung durch Eroberung, Kolonialismus und Imperialismus, systemische Korruption weltweit und nicht nur im Süden, Auslandsverschuldung und Auflagen der Weltbank und des IWM, aktive und passive Unterstützung vieler Militärdiktaturen in der Dritten Welt (z. B. durch Kredite, die die Auslandsverschuldung in die Höhe treiben ließen).

2. Die **Erkenntnis** von Seiten der Kirchenleitungen, der Verantwortlichen im Pfarramt und der Diakonie und an den theologischen Fakultäten, dass die Wirtschaft und ihre Modelle immer mit dem Leben zu tun haben und deshalb auch theologische Bedeutung haben; und dass durch die massiven Schäden, die das neoliberale System weltweit anrichtet, sämtliche Fragen zur Globalisierung immer auch theologische Fragen und nicht einfach wirtschaftliche Konstrukte, die sich über Statistiken betrachten lassen und die mit kühler Logik gesteuert werden können. Es geht um die Integrität des Christseins und des Kircheseins; und das haben die Kirchen öffentlich und deutlich zu sagen. Die Kirchen brauchen **Mut** zu ihrem prophetischen Amt, um ihre warnende Stimme gegen ein System zu erheben, das das Leben auf der ganzen Welt zerstört.

3. Die Notwendigkeit der „**Einmischung**“ von Seiten des Kirchenvolks. Üben die kirchenleitenden Gremien und die Fakultäten dieses öffentliche Amt nicht aus, so ist es höchste Zeit, dass das so

genannte Kirchenvolk beginnt, sich aktiv wieder mehr einzumischen und zu verlangen, dass seine eigene Mitleidenschaft unter dem Neoliberalismus thematisiert wird.

Ich kann nur hoffen, dass die Kirchen im Norden und auch in anderen Teilen der Welt in zehn Jahren nicht wieder ein Schuldbekenntnis abgeben müssen, wie es z. B. Der SEK im vergangenen Jahr in der Schweiz in Bezug auf Rassismus usw. (Südafrika) getan haben, während sie heute dieselben Fehler wieder begehen. Natürlich weiß ich, dass die Erfahrungen der Rassismus-Situation nicht eins zu eins auf die heutigen Herausforderungen übertragbar sind; aber die Hauptentscheidungen der neoliberalen Globalisierung, was wirtschaftliche, sozialpolitische, ökologische, geopolitische und militärpolitische Strategien anbelangt, sind doch direkt mit identifizierbaren Personen und Institutionen in Verbindung zu bringen: IWF, Weltbank, Imperium, Weltmacht USA, eine ganze Menge Multis und Megafirmen, Regierungen, usw. Die Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurde bzw. wird bewusst betrieben, und natürlich sind wir selber immer im ganzen System verstrickt, aber dieses System ist nicht anonym. Die betreffenden Regierungen, die die Maßnahmen beschliessen und durchführen, bestehen aus Menschen, die auf Vorschläge, Druck, Drohungen, Versprechen und Schmiergelder von anderen Menschen reagieren. Die systemischen Entwicklungen sind kein Automatismus, sondern wurden theoretisch von identifizierbaren Lehrern des Neoliberalismus entwickelt, sie stehen in Lehrbüchern und werden an Universitäten gelehrt, sie werden von den Politikern und Wirtschaftsfachleuten aufgegriffen und umgesetzt; die Gesetze werden von Parlamenten beschlossen, usw.

Der Aufschrei der Christenheit in der Imperialsituation kann schon deshalb nicht laut und radikal genug sein. Wir brauchen für die Wirtschaft und für die Kirchen überzeugende prophetische Stimmen, die nicht nur Fehler aufweisen, sondern auch attraktive funktionsfähige Alternativen erarbeiten. Die dem Evangelium gemässe Alternative zum neoliberalen Weltwirtschaftssystem zu entdecken und zu stärken, ist eine der dringlichsten Aufgaben der Kirchen des 21. Jahrhunderts sein.

Pfarrer Wilhelm Wegner, Umweltreferent der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, bis vor kurzem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU), Darmstadt

Warum werden viele der ökumenischen Einsichten nicht in die Tat umgesetzt? Hindernisse bei der kirchlichen Umsetzung von Alternativen am Beispiel ausgewählter Handlungsfelder

Vor 500 Jahren reichte es aus, zur Definition von Kirche zu sagen:wo das Evangelium lauter verkündet und die Sakramente recht verwaltet würden. (Confessio Augustana VII)

Der Kirchenbegriff hat sich seitdem erweitert, spezifiziert, verallgemeinert, pluralisiert. War die im Glaubensbekenntnis genannte *communio sanctorum* noch die überschaubare Gemeinschaft der zur Gemeinde zählenden Menschen und der Kirchenbegriff eine ins Große zielende Projektion dieses Ausgangsmodells, konnte man von Kirche als Glaubensgemeinschaft sprechen. In der Reformationszeit wurden evangelische Kirchen Bewusstseinsgemeinschaften, im Pietismus Lerngemeinschaft, angesichts der sozialen Frage im 19. Jhd. Dienstgemeinschaft. Die Soziologie des 20. Jdhts. zeigt uns Kirche als gesellschaftliche Institution, die Kommunikationssoziologie als lernende Großorganisation. Zweifellos ist sie auch Rechtsgemeinschaft und Finanzgemeinschaft mit besonderen Pflichten und Chancen innerhalb des Staates. Für Mitarbeitende ist sie Arbeitgeber, für die diakonische Perspektive ist sie Großkonzern. Alles das ist sie gleichzeitig und jeder einzelne Begriff sagt nicht das Ganze aus.

Aus dem thematischen Bereich "Bewahrung der Schöpfung" nenne ich drei Beispiele, mit denen ich deutlich mache, warum gute Ansätze oft nur kleine Effekte erzielten. Jedes Mal wird ein Aspekt der Bedeutung von Kirche herausgestellt und in der Regel die anderen vernachlässigt.

Beispiel 1: Die Achtung vor dem Tier als Mitgeschöpf

Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat im Juli 1995 eine Resolution beschlossen, in der der Umgang mit dem Mitgeschöpf Tier thematisiert wird. Verminderung des Leidens wird gefordert, nicht artgerechte Tierhaltung als Sünde beschrieben und insgesamt das Verhalten der Menschen innerhalb der Schöpfungsgemeinschaft daran geprüft, ob es den Mitgeschöpfen gerecht wird. Die Resolution war durch den Umweltausschuss der Synode vorbereitet worden, so dass die Formulierungen treffsicher und zustimmungsfähig waren. Die Synode hat diese Resolution einstimmig beschlossen.

Und die Wirkung? Man hätte die Idee haben können, nun würde in kirchlichen Kantinen das Fleischangebot einerseits reduziert und andererseits beim Einkauf darauf geachtet, dass die Fleischprodukte aus artgerechter Haltung stammen. Man hätte auf die Idee kommen können, dass bei Gemeindefesten die Zahl der gegrillten Bratwürste reduziert, gleichzeitig aber in kirchlichen Alteneinrichtungen Tiere als Begleiter der Senioren zugelassen würden. Man hätte auf die Idee kommen können, dass das Personal von kirchlichen Küchen an Schulungen zu alternativen Nahrungsmittelzubereitungsformen teilnimmt.

Nichts dergleichen geschah. Eine solche Resolution kann nur eine tatsächliche Wirkung entfalten, wenn die Akteure einbezogen werden.

Kirche wurde hier verstanden als Glaubensgemeinschaft. Eine Resolution, eine Erklärung, eine gute Absicht hat diese im Blick, muss sich aber davor hüten, die Kirche zugleich als Handlungsgemeinschaft zu sehen.

Das Gegenrezept würde lauten: diejenigen einbeziehen, die an den konkreten Orten Betroffene sind, als Ausübende und als Konsumenten.

Beispiel 2: Erfassung der Energieverbrauchsdaten

Vor 10 Jahren erließ, auf meine Vorarbeit hin, unsere Kirchenleitung eine Verordnung, nach der die Verbrauchsdaten von Energie, Wasser und Abfall pro Gemeinde und kirchliche Einrichtung vor Ort erfasst und bewertet werden sollten. Bis dahin hat jede Gemeinde ihre eigene Strom-, Gas- und Wasserrechnung, ihren Ölverbrauch und ihre Abfallgebühren bezahlt, ohne systematisch danach zu fragen, ob hier Verbesserungsmöglichkeiten im Sinne der Einsparung möglich wären. Wir stellten uns vor, dass wir durch eine Verwaltungsverordnung ein höheres Bewusstsein und eine tatsächliche Rechenschaft über den Verbrauch erreichen könnten und dadurch zu einer Verminderung unnötigen Verbrauchs kommen könnten. Wir haben also die Kirche als Organisation gesehen. Was geschah? Überhaupt nichts. Kein Mensch füllte die Bögen aus, die Verbrauchsdaten wurden genauso wenig erfasst wie vorher. Eine Datenbasis für Energieeinsparung haben wir 10 Jahre später noch genauso wenig.

Was haben wir falsch gemacht? Wir haben nur die rechtliche Ebene betrachtet und uns daraus Wirkungen erhofft. Zugleich haben wir übersehen, dass die anderen Faktoren gravierend sind, nämlich: finanzielle Auswirkungen; Auswirkungen auf Arbeit und Zeitverbrauch; die Motivationsebene von Mitarbeitenden; und schließlich: dass die Nichtbeachtung der Verordnung keine Folgen hätte. Die Vielgliedrigkeit der Kirche, also eine organisationsmäßige Pluralität, war uns ebenfalls nicht im Blick.

Das Gegenrezept würde lauten: ein Klimaschutzprogramm, das in seinen Details die verschiedenen Elemente von der Bewusstseins- über die finanziellen Auswirkungen, von den rechtlichen Sanktionen bis zu den Folgen in der öffentlichen Diskussion auflistet und bedenkt.

Beispiel 3: Werbung für Ökostromtarif

Wer die Kirche als Werte- und Bewusstseinsgemeinschaft sieht, muss eigentlich davon ausgehen können, dass ein einleuchtender Gedanke Fuß fasst und sich mit ansteckender Gesundheit ausbreitet. Nachdem der Strommarkt liberalisiert war, hatten einige Aktive in unserer Landeskirche die Vorstellung, für einen Umstieg von Kirchengemeinden auf Ökostromtarif ihrer Wahl hin zu werben und zu arbeiten. Wir machten eine wunderbare Broschüre und versandten sie an alle Pfarrämter und Kirchengemeinden. Die alte ökumenische Einsicht hat sich einmal wieder bewährt: papers don't work.

Im ganzen Bundesgebiet gibt es nur eine geringe Anzahl von Menschen die überhaupt den Stromanbieter wechselten, nachdem dies möglich geworden war. Innerhalb der Kirche bildet sich die gesamte Gesellschaft in dieser Haltung vermutlich ziemlich genau ab. Wer den Meinungspluralismus und den Verhaltenspluralismus in der Kirche übersieht, braucht sich über seine Erfolglosigkeit nicht zu wundern.

Das Gegenrezept muss lauten: Verhandlungen führen mit Ökostromanbietern über mögliche Rabattierung, so dass die finanzielle Hürde ausgeräumt wird. Regionalbezug von kirchlichen Einrichtungen beachten; finanzielle Auswirkungen kalkulieren und mit einer Kampagne Inseln des vernünftigen Umstiegs zu entwickeln. Wir starten nun einen neuen Versuch mit neuen Bedingungen, indem wir dies zu beachten versuchen.

Und nun präsentiere ich ein *viertes Beispiel*, bei dem eine gelungene Aktion betrachtet werden kann: Photovoltaik auf Kirchendächern.

Der Anstoß kam von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der größten und finanzstärksten Umweltstiftung der Welt. 300 Kirchendächer sollten Solardächer werden. Davon versprach man sich eine multiplikatorische Entwicklung in die Fläche des Landes. Nach einigen Jahren Laufzeit hatte es sich zu einem Programm für 700 Dächer entwickelt, bei denen die Installation mit fünfzigprozentigem Investitionszuschuss gefördert wurde, die begleitende und verpflichtende Öffentlichkeitsarbeit sogar mit 75%. Der Zeitpunkt stimmte, indem das rot-grüne Projekt der Förderung regenerativer Energien hier eine plausible Unterstützung erhielt. Die finanzielle Anreizwirkung war enorm, indem die Rentabilität der Anlagen in der Größenordnung von zwei Kirchenvorstandsperioden (10-12 Jahre) erkennbar wurde. Die Öffentlichkeitswirkung war erkennbar, indem mit erheblichem Aufwand bundesweit dafür geworben wurde.

So viel Geld und so viel Personal steht nicht für jedes Projekt zur Verfügung. Dennoch ist es ein Lehrbeispiel dafür, wie es gelingen kann durch die Vernetzung von leistungsfähigen Kernen innerhalb der kirchlichen Landschaft Erfolg beim Durchsetzen richtiger Ideen zu haben.

Pfarrerin Birgit Weinbrenner, Mitarbeiterin des Head Office der ökumenischen Kreditgenossenschaft Oikocredit, Amersfoort/Niederlande

*Warum werden viele der ökumenischen Einsichten nicht in die Tat umgesetzt?
Hindernisse bei der kirchlichen Umsetzung von Alternativen am Beispiel
ausgewählter Handlungsfelder*

1. (Kirchen-)Politische und finanzielle Leitung in Kirchen ist getrennt. Finanzverantwortliche müssen selten öffentlich kirchliches Handeln vermitteln, sind also viel weniger inhaltlichen

Auseinandersetzungen ausgesetzt. Ziel sollte es sein, die Verantwortlichen für Finanzen auf der Leitungsebene stärker in Diskussionen einzubinden; sie für ‚Kirche‘ sprechen zu lassen.

2. Die Übersetzung von Schlüsselementen kirchlicher Werte, Begründungen und Motivationen in Praxis spielt immer noch eine untergeordnete Rolle. Dies ist z.T. nachvollziehbar, denn in der Regel gibt es keine eindeutige, klare, zwangsläufige praktische Folgerung einer Glaubensüberzeugung. Außerdem muss moralische Rigidität nicht immer christlich sein. Dennoch müsste es stärker Bemühungen um praktische Konsequenzen kirchlichen Redens geben, und es müsste mehr um (detaillierte!) Kriterien gerungen werden.
3. Kirchen möchten möglichst viele soziale Programme unterstützen. Um dies tun zu können, möchten sie über höchstmögliche finanzielle Ressourcen verfügen. (Das ist grundsätzlich nachvollziehbar und entspricht weiten Teilen unserer Gesellschaft nach dem Motto Brechts: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.) Das Zustandekommen der höchstmöglichen Ressourcen scheint weniger wichtig zu sein. So lange dies der Fall ist, kommt es nicht wirklich zu Veränderungen.
4. Transparenz der Kirchen in Bezug auf die eigenen Geldanlagen ist noch immer nicht selbstverständlich. Gäbe es Transparenz, könnten die eigenen Mitglieder stärker den tatsächlichen Umgang der Kirchen mit Geld mit ihren Erwartungen vergleichen. Grundsätzlich gilt, dass Kirchenmitglieder, wenn sie der Kirche Geld zur Verfügung stellen, dieses aus dem Geldumlauf herausnehmen. Die Kirche führt dieses Geld aber sofort dem Geldumlauf wieder zu. (Es ist klar, dass kirchliche Gelder nicht zu 100% außerhalb des finanziellen Systems investiert werden können. Aber eigentlich würde man erwarten, dass substantielle Beträge alternativ verwandt werden.)
5. Konkret im Blick auf den Arbeitsbereich von Oikocredit und den Themenbereich ethischen Investments behindern Sorgen um die Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung die Umsetzung von Einsichten. Diese Sorgen gilt es ernstzunehmen und in die Argumentation mitaufzunehmen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass es die Einsicht unter kirchlichen Finanzverantwortlichen gibt, Gelder ethisch anzulegen. Die Zahl derer, die dies tun, nimmt zu. Das hat auch damit zu tun, dass gesamtgesellschaftlich ein Trend zu ethischem Investment festzustellen ist. (Dabei ist kritisch nachzufragen, wie jeweils die Kriterien definiert sind, die eine Investition als ‚ethisch‘ charakterisieren. Für diese Diskussion ist hier nicht der Ort.) Zwei Gruppen sind in Bezug auf die Kirchen als ethische Investoren auszumachen: Solche, die bereits ‚ethisches‘ Investment praktizieren, und solche, die es nicht tun, aber deswegen ein schlechtes Gewissen haben. Ich sehe dies als Herausforderung an uns an.